

Oldenburger Universitätsreden

Nr. 53

Michael Daxner

**Zuflucht in Deutschland -
Frieden in Europa**



VORWORT

Die an Politik wie Wissenschaft gerichteten und hiermit vorgelegten Analysen Daxners zu den aktuellen Rassismen, zur Friedenspolitik in Europa wie zum Fremdenschutz in der ersten Welt stellen auch bei kritischen Linken verbreitete Haltungsmuster in Frage.

Wir müssen die Fremden nicht lieben; dennoch gebührt ihnen unser Schutz. Seien wir gelassener gegenüber den Alltagsrassismen, aber sichern wir Gleichberechtigung. Verwahren wir uns vor der Privilegierung der Minderheiten wie vor den Eigeninteressen in der Gewalt. Verlassen wir die Ebene der Betroffenheit und wenden uns einer realistischen Betrachtung zu.

Die Analyse zum Fremden und Eignen impliziert die ideologiekritische Analyse zur politischen Begrifflichkeit, zur Nation (zur kurdischen?), zum Volk (wir sind ein Volk?), zur Souveränität, zum Verständnis (wir haben Verständnis für...) wie zur Normalität und deren Ideologie, und beleuchtet damit auch traditionelle Tabus kritischer Politik und Wissenschaft. Sich dieses bewußt zu machen, verändert auch die Haltung zum Eignen wie auch - mit Daxners Worten - mit Fremden gut umgehen verändert.

Die vorliegenden Beiträge sind Ausdruck eines einheitlichen Ansatzes mit dem Ziel, die Linien der Normalität neu zu bestimmen und der Hochschule wie der Politik Anstoß zu geben. Dem diene auch diese Publikation.

Oldenburg, November 1992

Hermann Havekost

EINLEITUNG

Diese drei Vorträge sind im Laufe des Jahres 1992 aus unterschiedlichen Anlässen entstanden. Der erste wurde am 14. April zur Eröffnung der Ringvorlesung "Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Deutschland" in der Universität gehalten und wendet sich überwiegend an ein akademisches Publikum, gleichwohl ist er in der Argumentation der vergleichsweise einfachste, weil er auf eine ganz bestimmte emotionale Begriffslosigkeit einwirken möchte und weil in den nachfolgenden Vorträgen, die von der Arbeitsgruppe für Interkulturelle Kommunikation (AGIK) organisiert wurden, eine wissenschaftliche Ausdifferenzierung des Themas vorgenommen wurde. Der zweite Vortrag wurde am 1. September auf Einladung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Antikriegstag gehalten. In den Abschnitten über die Wirklichkeit des ehemaligen Jugoslawien ist eine komprimierte Zusammenfassung einer recht umfangreichen Faktenrecherche versucht worden. Ich wollte hier, vor einer sehr gemischten und überwiegend nichtakademischen Öffentlichkeit, deutlich machen, was als Ergebnis einer solchen Recherche jedenfalls allgemein zugängliches Wissen sein könnte, damit die Menschen in dieser Diskussion nicht der begriffslosen Schlagwortpolitik ausgeliefert werden. Der dritte Vortrag wurde am 22. Oktober zum Abschluß einer Veranstaltungsreihe gehalten, die die Kulturetage Oldenburg gemeinsam mit der Carl von Ossietzky Universität durchgeführt hat. Einige der weitreichenden theoretischen Implikationen, so zum Normalismus und Verlust der liberalen Mitte, sind noch weiter zu verfolgen, um ihre politische Wirksamkeit entfalten zu können.

Die Universität ist ein geeigneter Ort, um den Blick zu schärfen. Ihre Angehörigen können und sollen nicht nur über

die Sachverhalte dieser Welt mehr wissen, sie können auch, vielfach geschützt und doch wenig beengt, in kritischer Diskussion dem vorausdenken, was offensichtlich getan werden muß und einer Orientierung bedarf. Dieser Anspruch muß nicht überhöht werden, und, wie die jüngste Vergangenheit gezeigt hat, mit unserer akademischen Verantwortung für die Gesellschaft ist es auch nicht so weit her. Dennoch gibt es keinen besseren Ort, als sich in der Universität den Schrecken der Wirklichkeit so zu stellen, daß das Denken irgendwann die Schmerzgrenze erreicht und wiederum zum Handeln drängt. Immer mehr Bereiche unseres Lebens, gerade auch solche, die durch die Wissenschaft selbst strukturiert sind, bedürfen der Wissenschaft, und damit unserer kühlen, engagierten, kritischen Vernünftigkeit, um überhaupt eine Zukunft zu haben. Der ungebetene Rat an die Öffentlichkeit mag die Politiker erreichen, die Beratung der Politiker mag unsere Autorität verstärken, entscheidend ist vor allem, daß wir die Augen nicht verschließen. Das ist auch an einer Hochschule, die den Namen Carl von Ossietzky Universität trägt, nicht immer einfach. Wie oft berufen sich gerade solche Ideologen auf ihn und seine Zivilcourage, die sich als Schattenbetrachter in Platons Höhle ganz wohlfühlen. Niemand wäre auf die Idee gekommen, diese Höhlenbewohner um Rat bei der Lösung der Überlebensprobleme von Menschen zu fragen.

MICHAEL DAXNER*Das Eigene und das Fremde*¹

"Serbien muß sterbien"
(Karl Kraus)

Ich habe mir bei der Vorbereitung dieses Vortrages Gedanken darüber gemacht, wie weit in die Analyse des derzeitigen politischen Geschehens einer gehen muß, um ansatzweise zu verstehen, was geschieht. Es ist nicht unerheblich, daß die Propheten des "Endes der Geschichte" (Fukuyama u.a.) nur auf wenig Widerstand stoßen; es ist notwendig, sich mit dem Bedarf an Politisierung von Alltag und kleinen Strukturen zu befassen, wie das Oskar Negt und Alexander Kluge versuchen, um zu verstehen, warum die große Politik ohne das Politische der Menschen zu einer Beruhigung der Gemüter führt, weil ohnehin nicht gehandelt werden kann. Die demonstrative Unbelehrbarkeit derer, die immer schon wissen, wo der Feind steht, haben mich auch zögern lassen, nicht eine durchaus resignierte Einschätzung des Themas zu geben, freilich ohne daß daraus gleich folgen dürfe, man oder frau müsse nicht mehr handeln. Vielleicht ist das Handeln aus der Resignation heraus wirkungsvoller, weil es die verlogene Betroffenheit zurücknimmt. Denn darum geht es mir beim heutigen Thema wie bei vielen anderen Anlässen auch: nicht zuzulassen, daß Betroffenheit handlungsleitende Maxime in einer Universität würde. Betroffenheit erzeugt zunächst immer nur sich selbst. Als Anlaß ist sie legitim, als

1 Ringvorlesung: Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Deutschland, 14.4.1992

lebensbegleitende Attitüde unerträglich. Wir sind vom Schicksal sehr vieler Menschen, um die wir uns kümmern oder Sorgen machen, nicht betroffen. Gerade, daß sie so wenig mit uns zu tun haben, macht den politischen und moralischen Sprung aus der eigenen Behaglichkeit nötig.

Das leitet zu meinem heutigen Thema über: Das Eigene und das Fremde. Es geht um Eigentum, um Identifikation, um Eingrenzung und Ausgrenzung. Ich will dem Thema keine appellatorische Programmatik für die Universität geben, das Programm wird implizit aus einigen Beispielen und Bereichen, die ich anspreche, deutlich. Das Eigene und das Fremde. Der etwas abgegriffene Titel stammt bewußt aus einem Diskurs, der bei uns in Deutschland weniger als in der französischen aufgeklärten Tradition geführt wurde. Es ist sicherlich ein Diskurs, der ohne den Kolonialismus nicht denkbar wäre. Frankreich war hier früher und erfahrener als Deutschland, wenn es darum ging, das Andere zu fixieren. Wir denken aber auch an die Voraussetzung vieler existentialistischer und strukturalistischer Zugänge zur Ethnologie, die immer den Anderen, den Blick des Anderen, den Fremden und das Fremde zum Ausgangspunkt hatten, und die sich jedem wohlklingenden humanistischen a priori verweigert haben, wohl in dem Zweifel, daß gut gemeinte Vorstellungen vom menschlichen Verhalten immer auch praktische Konsequenzen haben müßten. Im Blick des Anderen erkennen wir uns selbst. Immanuel Levinas behauptet sogar, der Blick des Anderen bedeutet zunächst nicht nur: Nimm mich zur Kenntnis, sondern: Töte mich nicht! Im Anderen erscheint immer die prüfende Frage an einen selbst, was man oder frau mit ihm oder ihr im Sinn haben könnte. Das Andere ist nicht nur das erkennbar Andersartige. Wir haben in der jüngeren Geschichte erfahren müssen, daß das Andere oft das Kalkül der Macht ist, das Produzieren des Anderen die Legitimation des Eigenen darstellt. Wo den biologischen Blödheiten der Atem ausging, haben die nationalsozialisti-

schen Rassegesetze das Andere, das Jüdische mit unglaublich genauem Kalkül produziert, um es danach, im Holocaust, so zu verwenden, daß keine Anderen, keine anderen Menschen entstehen konnten, deren Blick die Mörder auffordern könnte: Töte mich nicht! Zuerst wurden die Juden produziert, dann wurden aus ihnen Nichtmenschen gemacht, und erst als solche wurden sie millionenweise ausgelöscht, Mord, Totschlag oder Endlösung sind falsche Worte dafür. Daß solches geschehen war, und anderswo immer wieder geschehen kann und im Begriffe ist zu geschehen, zeigt, wie wenig der humanistische Aspekt der Aufklärung allgemein in die Evolution menschlicher Gesittung und Zivilisation eingedrungen ist. Die andere Seite, die bessere und wirkungsvolle, hat uns allerdings erst gelehrt, auf das Andere in richtiger Weise aufmerksam zu werden. Hannah Ahrendt hat zutreffend festgestellt, daß erst mit der Erklärung der Menschenrechte der Diskurs der Gleichheit aus der Metaphysik und Mystik gleichermaßen in die politische Rationalität getreten ist. So wie die "Judenfrage" erst danach zu einer gesamtgesellschaftlichen wird, so hat die Erklärung der Menschenrechte mit dem unbedingten Anspruch auf Gleichheit bei aller Verschiedenartigkeit das Allgemeine der Frauenfrage, der Ausländerfrage, des Kosmopolitismus und der Regionalität, von Menschheit und Individuum neu stellen lassen. Das Stellen dieser Fragen ist die Bedingung dafür, daß nicht die falschen Antworten bereits praktische Lösungen schaffen, bevor wir uns bewußt sind, worum es denn in der Verfassung unserer Gesellschaften gehen kann. Keiner würde heute so vulgärmarxistisch naiv sein, etwa die Judenfrage in der Lösung bestimmter sozialökonomischer Probleme jüdischer Berufsausübung aufgehoben zu sehen. Es ist evident, daß wirtschaftliche Abhängigkeiten, Beispiele: Palästinenser oder Teilrepubliken in Jugoslawien, und koloniale Erbschaften nicht die alleinigen Wurzeln und Ursachen feindlicher Auseinandersetzungen sind. Gleichwohl müssen gerade die-

se Probleme bei allen Erörterungen bedacht werden, weil auf der anderen Seite religiöse und kulturelle Divergenzen auch nur einen Teil der Realität wiedergeben und ohne sozialen Unterbau nicht erklärt werden können.

Das Eigene ist das, von dem man uns sagt, daß es uns gehört, das Fremde ist das, von dem wir glauben zu wissen, daß es anderen gehört. "Wir sind wir und nicht ihr, ihr seid ihr und nicht wir". Das ist die klassische Verkürzung eines wichtigen Gedichtes der Wiener politischen Poesie. Aber woher wissen wir, was uns zugehört und was fremd ist; wer hat die Definitionsmacht über das Eigene und das Fremde. Vor wenigen Tagen haben wir einen DVU-Politiker sagen hören: "Deutsches Geld für deutsche Aufgaben". Woher wissen wir, daß der Satz falsch ist, wenn deutsche Aufgaben und globale sich möglicherweise decken? Woher wissen wir, daß deutsches Geld das Blutgeld der Dritten Welt, Osteuropas, aber auch der Armen und Ausgegrenzten im eigenen Lande ist?

Wir wissen es, und hier beginnt die eigentliche Dialektik der Aufklärung. Wir wissen es, weil manche Zusammenhänge so evident sind, daß sie nicht mehr durch phänomenologische Definitionen des Eigenen und Fremden bestimmt werden müssen. Dann wissen wir aber auch, daß diese Zusammenhänge nicht apologetisch durch die Eigenarten und Traditionen des jeweils Fremden abgeschwächt oder gar immunisiert werden dürfen. Wenn die kulturellen Traditionen, wenn die Verkehrsformen immer nur Zeichen für etwas anderes sind, das paradoxerweise erkennbar anders und zugleich gleichwertig sein muß, dann ist das türkische Halstuch nicht sensibler zu bewerten als die eigenen Kleidungs- und Verhaltensrituale.

Zunächst ein erster Befund: Die diskursive Sensibilität gegenüber den Fremden, den Anderen, den wirklich oder vermeintlich durch unsere Identität und unseren Herrschaftscha-

rakter Unterdrückten und Ausgegrenzten, ist oft nur eine Entlastung gegenüber ganz anders gearteten Verhaltensweisen, die sich aus unserem vorhandenen Wissen entwickeln müßten. Daß dieses Wissen nicht in die romantische Unverbindlichkeit oder in einen fundamentalistischen Verbalradikalismus ver falle, ist eine wichtige Aufgabe von kritischer Wissenschaft.

Dies ist eine bewußte Provokation aller Antirassismen, aller Antifaschismen, aller ausländerfreundlichen Aufkleber, aller Selbstreinigungen durch eine implizite Inanspruchnahme des überlegenen moralischen Standpunkts.

Ich will darauf sehr genau eingehen, weil das bekenntnishafte Aussprechen des Antifaschismus und des Antirassismus meines Erachtens die Brücke zwischen dem Eigenen und dem Fremden eher schwächt als stärkt.

Gehen wir nicht getrost, aber sozialwissenschaftlich gestützt davon aus, daß Rassismus, Faschismus, Stalinismus und alle Fundamentalismen dieser Welt nicht auf die jeweils relativ dominanten Gesellschaften beschränkt sind. Daß alle die genannten kollektiven Einstellungs- und Verhaltensformen keine Funktionen von Herrschaft sind, sondern allenfalls unterschiedliche Ausprägungen erfahren, je nachdem, ob sie in relativ herrschenden oder relativ unterdrückten Systemen auftreten. Oder anders gesagt: unterdrückt sein, ausgebeutet und gedemütigt werden, erzeugt noch keine besseren Menschen; in einer vergleichsweise wohlsituierten und herrschenden Gesellschaft zu leben, erzeugt nicht a priori eine größere Bereitschaft, Faschist oder Rassist zu werden. Dies kommt dem Gleichheitspostulat natürlich entgegen, auf der anderen Seite macht es die Bewertung dessen, was auf der Seite der Ausgegrenzten und Unterdrückten geschieht, schwieriger. Ist der nationale Fundamentalismus von postkolonialen Gesellschaften nicht leichter zu entschuldigen, als wenn er bei uns aufträte? Ist der nationale Befreiungskampf in der sogenannten Dritten Welt nicht ehrenwert, während Nationalismus in

weiterentwickelten, "westlichen" Ländern als anachronistischer Rückgriff auf überwunden geglaubte Barbarei geächtet wird? Hier ist das Beispiel der DDR lehrreich: nirgendwo sonst war der Antifaschismus als erzwungene staatspolitische Grundeinstellung so eng mit einem Nationalismus gepaart, der alle Merkmale "gegnerischer Systeme" bei sich trug, nur eben nicht die Instrumente besaß, im Wettbewerb gegenüber dem Westen sich Vorteile zu verschaffen; die sozialistischen Bruderländer mußten es spüren. Antifaschismus ist heute ein in Ostdeutschland verachteter Begriff, der das Versagen von nationaler Gesinnungspädagogik, ich möchte sagen: ihr zwangsläufiges Scheitern, belegt.

Ich frage mich oft, welche Legitimationsprobleme unbewußt ablaufen, wenn die Folklore aus bestimmten Ländern der Dritten Welt von vorneherein einen politischen und positiven Anstrich erhält, während die eigene häufig als Heimattümelei entweder abgelehnt wird, oder erst einen ganz anderen politischen Anstrich erhalten muß, um politisch akzeptiert zu werden. Damit rede ich nicht der Heimattümelei auf einer der beiden Seiten das Wort, sondern der Frage, warum die Linke z.B. beim Plattdeutschkitsch von Hannes Wader und anderen Politbarden feuchte Augen bekommen hat, oder warum sie vom Ursprung bestimmter Drittweltgesangsgruppen keine Ahnung hatte, aber auf der anderen Seite das historische Wissen über die Kultur der Anderen, der Fremden, zum Teil als Herrschaftswissen der Kolonisatoren ablehnen mußte. Mir ist heute noch die ambivalente Diskussion in Erinnerung, die Justin Stagel mit seiner Bemerkung ausgelöst hatte, die Völker der Dritten Welt bräuchten unsere Völkerkundemuseen. Dort könnten sich jene Völker die Materialien und Kenntnisse wieder aneignen, die ihnen ihre Geschichte und Kultur deutlich machen. Ich folge nicht Stagels weiterer Argumentation, sondern stelle für mich fest, daß die Verbindung von historischer Breite und sensibler, selbstkritischer Betrachtungsweise aus der Sicht der ehemaligen Kolonisato-

ren genau diesen Effekt hat - ich fürchte, überwiegend auf uns. Die Lateinamerika-Ausstellung in Washington anlässlich des 500jährigen Jubiläums der europäischen Kolonisation ist dafür ein gutes Beispiel. Die gleiche Schau wäre in Kolumbien, Brasilien oder Chile wahrscheinlich nicht möglich und würde ihr Publikum nicht finden. Eine Diskussion, die sehr notwendig ist, verlagert sich in die Hörsäle und die politische Diskussion darüber, ob es gesellschaftliche Standards gibt, die Gesinnung und Sensibilität festschreiben dürfen. Darum, und nicht um überzogenen Minderheitenschutz, geht es bei der Diskussion um "political correctness" in den USA.

Dies führt mich zu einem zweiten Befund, der etwas mit der Universität zu tun hat: Wir müssen die Komplexität der Probleme auch wissenschaftlich angemessen in unser Repertoire übertragen, oder wir werden auf der Ebene der Betroffenheit stehenbleiben. Zunächst gibt es relativ durchsichtige Begriffsverwirrungen, die aber zeigen, wie leicht wir die Bezugssysteme wechseln, je nachdem, wie unsere Präferenz beschaffen ist: Da ist die Rede von der palästinensischen Nation, der arabischen Nation, der islamischen Nation, vom palästinensischen Volk; das Volk Israel und die Israeli haben wenig miteinander zu tun; Staatsbürgerschaft und Volkszugehörigkeit erleichtern es den deutschen Aussiedlern, ihr Deutschtum opportunistisch zu wählen, während voll assimilierte Türkenfamilien der dritten Generation nicht eingebürgert werden; Sprache, Religion, überliefertes Brauchtum, diktierte Sitten werden je nach Bedarf ideologisch eingesetzt. Dies sind Gegenstände interdisziplinärer politisch-anthropologisch-historisch-soziologischer Betrachtungsweise, religionskritischer Zugänge. Wenn ich an die linke Tradition von 1968 denke, den "Volkskampf" zu unterstützen, wenn ich an die semantische Differenz zwischen dem Volk und dem "einen" Volk vor drei Jahren zurückdenke, wenn ich an die Diskussion um völkische Beschädigungen der Sozialwis-

senschaft an unserer Universität und die Reaktionen darauf denke ..., dann wird deutlich, wie wenig Sorgfalt gerade auf die Analyse dieser Bezugssysteme gelegt wird, wenn es darum geht, nicht nur die Erscheinungen, sondern auch ihre Herkunft zu begreifen. Wo anders als in der Universität könnte diese Aufarbeitung geschehen. Hier setzt sich auch die "fortschrittliche" Wissenschaft Tabus, die sie keinem anderen Bereich gestatten würde: bis hin zu Diskussionsverboten wie im Fall Peter Singer meint sie, die Grenzen der Rationalität und kritischen Sensibilität selbst bestimmen zu dürfen. Alle historische Erfahrung lehrt, daß jeder dieser Versuche das Gegenteil bewirkt. Ich vermute dahinter eine Furcht, die Ursachen und Anlässe, die Wurzeln unmenschlicher Denkungsart und unmenschlicher Handlungsfähigkeit wirklich zu verstehen. "Alles verstehen heißt alles verzeihen", meinte Nietzsche einmal, und vor nichts hat der Gesinnungsfeste mehr Angst, als verzeihen zu sollen. Aber wenn dies noch sozialpsychologisch zu erklären wäre, so hat die Furcht noch eine zweite Dimension: verstünde man z.B. die fremdenfeindlichen Ressentiments genauer, müßte man dann nicht befürchten, ihre Wurzeln und Grundlagen auch in sich selbst zu entdecken? Das Fremde in uns, die latente Bereitschaft, immer wieder auszugrenzen, immer wieder die Claims zum eigenen Vorteil neu abzustecken, kann uns so wenig fremd sein wie jedem anderen Menschen. Aus der Position relativer Macht und Herrschaft, wie unsere Gesellschaft sie nun einmal hat, sind die kollektiven Verlustängste sicher ebenso zu verstehen, wie ihre übersteigerte Abwehr durch die Kritiker innerhalb dieses Herrschaftssystems. Unlösbare Konflikte, wie die zwischen den Drogendealern, der Polizei und der Bevölkerung in Bremen, werden durch Polarisierung nicht lösbarer. Die Polarisierung aber erzeugt jene unhinterfragbaren und schwer kritisierbaren Grundeinstellungen, an denen es wenig zu verstehen gibt, weil sie so fest-

gestellt und verkeilt sind, daß wir sie nur mehr feststellen können. Das Rollenspiel am Bremer Dobben, durchgespielt von Oldenburger Suchtforschern, Ausländerfreunden, Dealern, Anwohnern, Drogenabhängigen, familiär Betroffenen und aufgeklärten Wissenschaftlern als Beobachtern - dieses Rollenspiel sollten wir uns vorstellen. Hier hilft, fürchte ich und hoffe ich, nur die Verwissenschaftlichung der Probleme. Das kann z.B. wissenschaftshistorisch in jedem einzelnen Fach geschehen, wenn, wenigstens exemplarisch, die Wirkungsgeschichte der Disziplin im Hinblick auf die jeweils von ihr betroffenen Minderheiten, Opfer oder Nichtteilhaber angesprochen wird.

Das Eigene ist das, was wir haben und behalten wollen, oder was wir nicht haben und erhalten wollen, und wenn wir es Anderen wegnehmen müßten, oder es ist das, was wir loswerden wollen und deshalb anderen zuschreiben müssen. Wenn in manchen Diskussionen Familien- oder Sexualbeziehungen bei exotischen Inselvölkern in unserer fortschrittlichen oder alternativen Literatur hoch gepriesen werden, dann habe ich oft den Eindruck, daß die Exotik den Blick dafür verklebt, um den Preis wieviel Nichthabens bestimmte Lebensformen gepflegt werden können. Auch scheint mir, daß die willkürliche Aufspaltung und Ausdifferenzierung der eigenen Lebensformen Dimensionen angenommen hat, die für unsere Gesellschaft völlig unangemessen sind. Eine Gruppe hier ist eben kein Indianerstamm, und schon gar keiner, der sich durch die ethnographische Brille dauernd selbst beobachtet. Auf diese Weise werden im übrigen Stereotypen von Generation zu Generation weitergegeben und damit längst durchschaute Verhaltensweisen auch reproduziert. So wie die antisemitische Rechte immer noch ihre "treuen Juden" kannte, so wie die Überläuferin aus Liebe immer die Überlegenheit der Ankunftsnation darstellt, so ist das Bedürfnis, die Stereotypen zu überwinden, eng gekoppelt an die Tatsache, daß man sie zunächst einmal glaubt oder in

Anspruch nimmt. Ian Buruma hat am Beispiel eines Romans von Michael Crichton die Stereotypen der Auseinandersetzung zwischen den USA und Japan dargestellt. Nicht nur, daß er die Versatzstücke denunziert (Jud Süß), er verweist auch auf die Absurdität, mit der sich der Aggressor neben seinen schlechten charakterlichen Eigenschaften immer die guten und wertvollen, aber nicht genutzten Potentiale der eigenen Gruppe auf unlautere, wenn auch nicht selten legale Weise aneignet. Die symbolische Demütigung des Feindes wird eben durch den Überläufer, die sexuelle Unterwerfung, den personalisierten Selbsthaß auf die eigene Gruppe verfestigt - die Geschichte der schönen Jüdinnen in der deutschen Literatur gibt ein gutes Modell dafür. Und noch auf einer delikaten Ebene hat sich Aggression gegen das Fremde verfestigt. Im Bereich der Sexualität wird dem unterlegenen Gegner, vor allem, wenn er nicht weiß ist, immer ein Doppeltes zugesprochen: naturhafte, triebhafte Virilität - und ebensolche Zeugungsfähigkeit. Die sexuelle Attraktion wird gebändigt durch die Furcht einer Übervölkerung aus den Zeugungsorganen des Feindes. Wenn nicht, wie in bezug auf die Schwarzen in den USA lange Zeit gepflegt, auch noch Vergewaltigungsphantasien dazukommen, so ist doch schon die Furcht vor dieser tendenziellen Vermischung (oft wohlmeinend auch Blutauffrischung genannt) eine wirksame Barriere gegen wirklich multikulturelle Entwicklungen, die dann allerdings ihre Zeit bräuchten. Und dies scheint mir eine der wichtigen Punkte im multikulturellen Diskurs zu sein: daß die bloß fiktive Durchmischung, die Vielfalt aufgrund politischer Willens- und Entscheidungsakte zu kurz greift und möglicherweise gerade die Ängste, die sie besänftigen soll, erregt. Dort, wo Menschen unterschiedlichster Herkunft sich über lange Zeiträume in der Tat verbinden und ihre Verbindungen wiederum von jeder Abgrenzung freihalten, sind bestimmte Probleme wechselseitiger Ausgrenzung zwar nicht unbekannt, aber doch sehr reduziert. Und wo immer die ei-

gene Reinheit als Identifikationsmerkmal kulturelle Qualität ersetzen soll, nützt noch so viel politische Rhetorik nichts gegen die Aggressivität. John Berger hat in seinem Buch "Flieder & Flagge" (1990) die Vision einer multikulturellen Gesellschaft gezeichnet, aber nicht, wie sie in den Diskutierclubs der aus moralischer Überzeugung und politischer Einsicht sie Fordernden beschrieben wird. In der ortlosen Großstadt, in deren nichturbaner Unendlichkeit die Herkunft aus verschiedenen Völkern und Sprachen immer eine "Herkunft vom Land" ist, mischen sich die Kulturen der Armen, der Gezwungenen, der Ungeordneten. Für viele Orte dieser Welt ist das bereits Realität: und viel Angst, die sich in dummer Reinheitstümelei ausdrückt, ist bloß die Angst vor solcher Zukunft und nicht vor dem Fremden. Es gilt heute wie zum Ausgang der Weimarer Republik, was Ernst Bloch festgestellt hat: Noch im Faschismus werden die richtigen Wünsche aufgegriffen, wenn auch verdorben, geschändet und verzerrt. Die Frage, wie in der für uns absehbaren Zukunft alltägliche Menschlichkeit, zwischenmenschliche Kommunikation, gewöhnliche Verkehrsformen, das kleine Glück, das ohnedies keine Idylle kennt, unter extrem ungleichen ökonomischen Bedingungen möglich sein sollte, steht zur Befassung an. Das Verschwinden der törichten Unterdrückung durch den realen Sozialismus macht noch keineswegs den endgültigen Sieg der Humanität oder der Demokratie aus. Aber immerhin hat dieses Verschwinden uns deutlich gemacht, daß die großen Probleme im Kapitalismus auch nur für eine Minderheit gelöst sind, der Rest sind Fremde, und ihnen bleibt vieles fremd, worin wir uns so gut eingerichtet haben.

Das Fremde nehmen wir unentwegt wahr, positiv oder negativ geladen. Ich hatte zu Anfang dieses Vortrags von bestimmten Sensibilitäten gesprochen, die mir als Akt der Verständigung selbst erscheinen. Ich will das Thema auf einer anderen Ebene noch einmal aufgreifen. Wir haben es auf-

grund dieser Sensibilität geschafft, in der Öffentlichkeit kontrolliert nicht mehr Negerkuß, sondern Schokoladenkuß zu sagen; wir sprechen nicht mehr davon, daß einer einen Türken baut; wir hüten uns, von Zigeunern zu reden, auch wenn viele nicht verstehen, warum man von Sinti und Roma spricht, und in vielen Bereichen haben wir die Selbstzucht erreicht, die in bezug auf den Geschlechterumgang schon seit längerer Zeit unseren Diskurs prägt. Wer wollte das nicht begrüßen? Hier lauert dennoch, denke ich, eine doppelte Gefahr: Über die Entlastung durch die oberflächliche Sensibilität habe ich gesprochen; über eine andere Dimension muß ich wohl noch sprechen: Die normative, stark moralisierende Festlegung auf den jeweils erkannten am wenigsten verletzenden Umgangston läßt jeden Spielraum der Entwicklung von Beziehungen verkümmern, und vor allem erzwingt es auch dort Sympathie und positive Inklinationen, wo bloß unbefangenes und normales, sensibles Verhalten gefordert wäre, und zwar gegenüber jedem Menschen. Ich nenne dies die politische Privilegierung von Marginalisierten oder Minderheiten. Dadurch entsteht ein doppelter negativer Effekt: Zum einen ist es offensichtlich erstrebenswert, zu einer wahrgenommenen Minderheit zu gehören, um in den Genuß dieser sensiblen Behandlung zu kommen; auf der anderen Seite führt es zu einer immer stärkeren Ausdifferenzierung dieser Minderheiten, weil es ja eine entsprechend gestufte Form des sensibilisierten Entgegenkommens gibt. Damit, meine ich, ist eine Gefahr gegeben, die den notwendigen und sinnvollen Minderheitenschutz zerstört, wenn wir ihr nicht begegnen. Es muß nämlich der Unterstellung begegnet werden, es sei unter bestimmten politischen Umständen hilfreich und sinnvoll, den Minderheitenstatus in Anspruch zu nehmen. Eine differenzierte Gesellschaft besteht immer nur aus Minderheiten, die ihre Position unentwegt verändern. Es kommt vielmehr darauf an, die Diskriminierungen und Unterdrückungsmechanismen aufzuheben, die unentwegt Min-

derheiten produzieren, und dies ist nicht immer und schon gar nicht exklusive Angelegenheit der von dieser Unterdrückung betroffenen Menschen selbst. So wie es für die Frauen demütigend ist, wenn Quotenfrauen und Alibifrauen in die Reservate ihrer eigenen Machtlosigkeit hineinwirken dürfen, so ist die demonstrative Übertragung von Aufgaben der eigenen Integration an die von ihr ausgeschlossenen Repräsentanten der Minderheiten - Schwule, Lesben, Asylbewerber, Arbeitslose usw. - zweifelhaft. Nur wenn dafür gesorgt wird, daß Angehörige der jeweiligen Gruppen in Funktionen und Positionen kommen, die unmittelbar mit der Unterdrückung oder Unterprivilegierung der jeweiligen Gruppe nichts zu tun haben, kann gehofft werden, das Eigene und das Fremde zu verbinden. Das setzt eine große Bereitwilligkeit voraus, die mit Sicherheit hier immer wieder entstehenden Konflikte auf sich zu nehmen. Das setzt auch, wiederum: ohne gleich zu verzeihen, eine gewisse Gelassenheit gegenüber den "gemütlichen" Xenophobien, Alltagsrassismen und Privatstigmatisierungen voraus. Wir haben respektvoll gelernt zu akzeptieren, daß die besten Witze über das Fremde von den Fremden selbst kommen; und darüber dürfen wir auch lachen. Wenn die gleichen Witze von der Seite der jeweils Privilegierten kommen, wirken sie peinlich. Aber man muß nicht weghören, wenn die Türken Türkenwitze und die Juden Judenwitze erzählen. Das ist nicht harmonisierend gemeint, sondern soll eine andere Art der Sensibilität fördern als die, die ich beschrieben und kritisiert habe.

Ich will zum Anlaß dieser Ringvorlesung zurückkehren und zu ihrer möglichen Bedeutung für die Universität. Die letzten Jahre haben uns gezeigt, wie schnell rationale und irrationale Ängste alte Muster der Politik zu erneuern imstande sind. Angst sollte nicht mit Gegenangst bekämpft werden. Wenn wir die, die von den Ängsten der Menschen ihren illegitimen Gewinn ziehen, als Faschisten identifizieren und dann die Lösung lautet: Keinen Fußbreit den Faschisten,

dann ist das Problem, daß wir wenige Menschen finden, die Angst vor diesen "Faschisten" entwickeln. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß Ängste falsche Reaktionen und Handlungen provozieren können, aber selbst nicht in diesem Sinne rational falsch sein können oder gar vernünftig steuerbar sind. Ihre irrationale Diffusität ist es ja gerade, die sie so leicht manipulierbar macht. Wichtig aber ist es, die Ursache zu bekämpfen, und das heißt: politisch handeln. Die Metapher des Teilens ist falsch. Zwischen dem Eigenen und dem Fremden kann nicht geteilt werden, sondern es muß gemeinsam produziert und konsumiert werden, was beide gleichermaßen brauchen und nicht, was sie unterscheidet: Wohnung, Arbeit, Unversehrtheit im öffentlichen Umgang miteinander, das Recht zu hören und das Recht, gehört zu werden, also zusammengefaßt: mehr Gleichberechtigung unter den gegebenen Bedingungen. Und hier ist die deutsche Gesellschaft aufgrund ihres großen Reichtums und ihrer vergleichsweise hervorragenden Infrastruktur in der Lage, eine Menge pragmatischer Lösungen auch tatsächlich anzuwenden. Der Skandal ist, daß dies nicht getan wird, und weniger, daß die Menschen panisch reagieren, weil es nicht getan wird.

Die größte Gefahr erscheint mir, daß sich zwischen dem jeweiligen "Uns" und dem Fremden, dem Gegner, dem Anderen, so etwas wie eine "platonische Feindschaft" (Avishai Margalit) entwickelt: eine emotionsfreie, nicht mehr begründbare Feindschaft aufgrund einer scheinbar evidenten Differenz. So wird Jerusalem nicht zusammenwachsen, so wird es keinen palästinensischen Staat geben, so werden die Kurden ausgerottet werden, so wird es keinen Frieden geben. Diese Art von Feindschaft ist aber das Produkt von Emotionen, die ungehindert anwachsen durften, bis sie nicht mehr zu ertragen waren, und sie dürften wachsen, weil die legitimen Ängste geschürt und gepflegt wurden, als könnten sie die Menschen besser machen. Es gibt keine Rezepte, und es gibt sie doch. Es gibt sie nicht als allgemeine Verhaltens-

regeln. Es gibt sie sehr wohl in bezug auf das, was Politik und Gesellschaft sofort entscheiden können: ein Einwanderungsgesetz, das kommunale Wahlrecht für Ausländer, ein Sozialwohnungsprogramm, das so viele Wohnungen vorsieht, wie gebraucht werden, und nicht danach fragt, wer von den Bedürftigen zuerst einzieht, das Verbot von Waffenlieferungen und seine Kontrolle. Man kann nicht 25.000 Wohnungen in Niedersachsen bauen, sagt man uns, aber des gewichtigen Kanzlers neues Flugzeug wird den Preis von 5.000 solcher Wohnungen haben. Man kann wegen der Arbeitsplätze nicht auf Waffenexporte verzichten, sagt man uns, aber die Waffen werden so eingesetzt, in Kroatien, in der Türkei, daß die Flüchtlingsmengen sich vergrößern, die, sagt man uns, unsere Arbeitsplätze gefährden. Nein, die kleinen Lösungen können wir verwirklichen, aber nicht mehr aus den behaglich-untätigen Parlamenten heraus, sondern nur, wenn wir Druck machen: das belebt die Demokratie und zeigt, daß das Volk nicht nur den Problembestätigungen nach dem Mund redet, sondern auch Lösungen rational einfordert. Auf unserer Ebene aber muß der Druck erzeugt werden, daß solche Entscheidungen möglich werden. Dieser Druck entsteht nicht durch demonstrative Umarmungen. Was wir vom Fremden wissen, müssen wir sagen. Dann wird der Fremde sich in uns erkennen und sich weniger fremd fühlen. Das Reden aus diesem Wissen soll seinen Ort an dieser Universität haben.

Literatur

BERGER, John: *Flieder & Flagge*. München 1990 (Hanser)

BLOCH, Ernst: *Erbschaft dieser Zeit*. Bd. 4 der GA (Suhrkamp)

BURUMA, Ian: *It Can't Happen Here*. *Rising Sun* by Michael Crichton. NYRB 23.4.1992, 3 - 4

FUKUYAMA, Francis: *Das Ende der Geschichte*. Frankfurt 1991 (Suhrkamp)

MARGALIT, Avishai: *The Myth of Jerusalem*. NYRB 19.12.1991, 59 - 64

NEGT, Oskar/KLUGE, Alexander: *Maßverhältnisse des Politischen* (1991)

*Wir müssen uns selbst kennen, um die anderen zu verstehen*¹

Der erste September hat einen deutschen Anlaß. Darum ist es wichtig, auch über Deutschland zu sprechen, heute, an dem Tag, da wir der ersten Kriegshandlung des Zweiten Weltkriegs gedenken und damit nicht einfach alle Kriege, jede Gewalt und Unterdrückung mitmeinen. Es läßt sich nicht so einfach gegen den Krieg reden, wie es uns leicht über die Lippen kommt, daß wir natürlich immer alle für den Frieden sind. Wir nehmen einen sehr konkreten Anlaß, den Einmarsch in Polen, der jahrelang vorbereitet worden war, um uns auch zu vergewissern, welche Folgen heute noch darauf zurückgeführt werden können. Und es wird, wenn wir von Jugoslawien und von Rostock reden, nötig sein, weit in die Vorgeschichte der beiden Weltkriege zurückzugehen, um zu begreifen, was vor sich geht. Stichworte müssen hier genügen.

Niemand hat meine Beratung verlangt. Eine kurze Darstellung meiner Position zu Beginn dient nur der Klarheit für die LeserInnen und meiner Selbstvergewisserung. Die soziale Bewegung, die nötig ist, damit gute Lösungen entstehen, braucht viele Stimmen. Wir müssen einander auch aus der Sprachlosigkeit befreien, die uns durch die Allgegenwart der schrecklichen Bilder aufgeherrscht wird.

Ich möchte zu Beginn dennoch meine eigene Position klarstellen, bevor ich zu einem mehrfach gebrochenen Vortrag übergehe. Ich messe meiner Meinung aber keine beratende Bedeutung bei, will Sie eher an ihrem Zustandekommen beteiligen.

1 Ansprache zum 1. September 1992 - "Antikriegstag" - in Oldenburg

Erstens: Ich plädiere für eine sofortige Mandatsübernahme der UNO über ganz Jugoslawien in den Grenzen des alten Staates, d.h. unter Suspendierung aller Souveränitätsanerkennungen für die mittlerweile selbständig erklärten Staaten. Die dafür erforderlichen Maßnahmen müssen militärisch so stark sein, daß auf dem Territorium keine Miliz operieren kann.

Zweitens: Ich bin strikt dagegen, daß deutsche Truppen in irgendeiner Weise an diesen Operationen beteiligt sind (das hat nichts mit meiner differenzierten Haltung zu UNO-Einsätzen, Nato usw. in anderen Fällen zu tun).

Der Zweck des UNO-Mandats ist zunächst die Beendigung der Gewalttätigkeit und die Herstellung solcher demokratischer und sozialer Infrastrukturen, die überhaupt eine Diskussion über künftige friedliche Bedingungen unter den Beteiligten zulassen.

Da ich Österreicher bin, und in deutschen Staatsdiensten zugleich, mag meine Kritik an deutscher Politik auch so verstanden werden, daß sie, bis auf einige auch nicht immer erfreuliche Details, auf mein Heimatland ebenso anzuwenden ist. Thomas Muster hat das kroatische Tennisturnier - Preissumme 250.000 \$ - gewonnen.

Weiter in bezug auf das, was getan werden soll, werde ich mich nicht exponieren, weil ich es nicht besser weiß. Das ist der Grund, warum in diesem Vortrag viele Fragen auch in Frageform erscheinen werden: nicht als hilflose Rhetorik, sondern weil ich mich bemühe, wenigstens die Frage richtig zu stellen.

I

Der Konflikt in Jugoslawien war zunächst ein Vehikel, die heillose Debatte des Golfkriegs wiederaufleben zu lassen:

Damals habt ihr Position bezogen, und heute schweigt ihr!, klang es allerorten, und auch ich habe so gesprochen. Aber was hätte man denn sagen sollen?

Ein Konflikt im Herzen Europas? Die Europäer, die EG, wissen gar nicht, wo sie Europa enden lassen sollen, vor allem gegen Osten.

Ein Krieg, nur zwei Flugstunden entfernt? Macht ihn das schlimmer als ein Krieg am andern Ende der Welt? Andererseits: Was soll man denn vom Balkan schon erwarten? "Balkanische Zustände" sind in der politischen Umgangssprache dieses Landes ein ähnliches Schimpfwort wie "Finnlandisierung" oder "Asylanten". Was ist daran so unfassbar, daß Bürgerkrieg in einem Land ausbricht, in dessen Touristengebieten wir viele Jahre den Charme billiger Preise und einer Unordnung genießen konnten, die wir nicht mit nach Hause nehmen mußten? Viele Linke haben noch die Gespräche auf der Insel Korcula in Erinnerung, wo die Zagreber Praxisgruppe eine Erneuerung marxistischer Hoffnung im Gespräch mit westlichen Marxisten ermöglichte. Bloch war da, Marcuse war da. Wie ernsthaft wurde die Diskussion über den "dritten", den jugoslawischen Weg zwischen Stalinismus und Kapitalismus diskutiert, wie schmerzlich berührte die Tatsache, daß noch unter Tito und danach die Dissidenten weiterhin verfolgt wurden, wenn auch nicht mit der SU vergleichbar, oder doch vergleichbar? Jugoslawien mit seiner Blockfreiheit, mit seiner Arbeiterselbstverwaltung, mit seinen offenen Grenzen stand auch für eine diffuse sozialistische Hoffnung, ein Modell könnte empirisch einen Ausweg weisen, um demokratische Gesellschaftsstrukturen mit marxistischer Politökonomie zu verbinden. Was davon war Realität?

Aber es ist doch ein echter Krieg, nicht wahr, wenn der Begriff des "Bürgerkriegs" noch eine verharmlosende, innenpolitische Komponente haben sollte?

II

Ich habe mehrere Wurzeln, aber ich bin in Wien geboren, der großen europäischen Hauptstadt vor dem Balkan. Vieles von dem, was heute geschieht, hat dort seinen politischen Ausgang genommen. Und wenn die Türkei liebend gerne gegen die Serben eingreifen möchte, dann bedenken wir, daß doch auch vieles seinen Ausgang im Osmanischen Reich genommen hat, das jahrhundertlang einen großen Teil des jugoslawischen Territoriums beherrschte. Ich kenne dieses Territorium ziemlich gut, aber ich habe die großartige Zivilisation des Landes und seine sozialen und kulturellen Unterschiede als junger Mensch völlig undynamisch wahrgenommen, so als hätte der Titostaat eine Variation der alten Donaumonarchie unter veränderten politischen Vorzeichen hergestellt, die historisch so richtig waren. Ich hatte aus den Augen verloren, was ich wußte: daß diese Donaumonarchie auch kein gutes Ende gefunden und ihren Nachfolgestaaten und ihren Nachbarn auch keinen guten Anfang beschert hatte.

Was wußten wir vor einem Jahr, wenn es uns interessierte, über das Land, das in einer Eskalation von Gewalt zerfiel? Was konnten wir wissen? Was wußte zum Beispiel Herr Kinkel, der einmal Chef des BND war und heute als Außenminister Genschers Anerkennungspolitik um weitere Unsäglichkeiten bereichert? Was haben sich die SPD und die Grünen gedacht, als sie sehr spontan die Anerkennung von Kroatien und Slowenien forderten (November 1991)?

Ich gebe ein paar Stichworte, deren Hintergrund jeder für sich ausweiten kann:

- Der reiche Norden, Slowenien, Kroatien, die Wojwodina, ehemals österreichisch, stärker urbanisiert und gebildet, katholisch oder calvinisch, industrialisiert, weniger agrarisch; lateinische Schrift;

-
- der arme Süden und Südosten, ehemals unter türkischer Herrschaft, agrarisch, mit vielen Analphabeten, soweit christlich-orthodox, kyrillisch schreibend, soweit moslemisch eine nicht durch Nationalität, sondern Religion definierte slawische Bevölkerung in Bosnien;
 - Serbien, bevölkerungsstark, mit einer bedeutenden Hauptstadt, orthodox, mit eigenstaatlicher Tradition, aber nie die alleinige südslawische Führungsmacht (Bulgarien war die andere), ständig zwischen das Habsburger Imperium und die Türkenherrschaft eingezwängt und schon deshalb aggressiv und expansiv;
 - gewaltige, vor allem wirtschaftlich bedingte Migration zwischen den Ländern;
 - komplizierteste Minderheitengebiete, oft kleinflächig und aus unterschiedlichen sozialen Gründen hergestellt;
 - eine extrem hohe Auslandsarbeitstätigkeit vor allem der Slowenen und Kroaten mit entsprechenden finanziellen und kulturellen Rückflüssen.

Um allein aus diesen Stichworten Rückschlüsse auf die Entwicklung des Landes nach 1918 zu ziehen, ist es nötig, sich die Information aus höchst unterschiedlichen Quellen zusammenzustoppeln. Für die jüngste Zeit einige drastische Beispiele. Die Länderberichte der OECD über Jugoslawien 1981/82 und 1987/88 oder die Länderberichte des Statistischen Bundesamtes führen zwar bis zur Zahl der Pflaumenbäume jedes ökonomische Detail auf, aber es findet sich kein Wort und keine Tabelle zu den Beziehungen der Menschen untereinander, nach Religion, Sprache, Kultur geordnet. Und so sahen wir doch Jugoslawien, als Durchschnittsprodukt von Entwicklungen, die wir besser als den Ostblock, aber eben doch nicht erstrebenswert fanden.

Natürlich ist Herr Kinkel kein wichtiger einzelner Akteur. Aber was muß ein deutscher Außenminister von einer Situation wissen, wenn er neben eindeutiger Position gegen Serbi-

en, die man vielleicht noch nachvollziehen kann, einen Gerichtshof gegen Völkermord fordert, und damit eine Nürnberg-Assoziation heraufbeschwört, die vorn und hinten nicht stimmt, aber unvermeidlich ist, wenn der deutsche Außenminister sie produziert?

Wer sind aber die wichtigen Akteure? Wie immer, alle zusammen.

Ich habe bisher selbstverständliche Fakten angesprochen, die die Grundlage jeder Analyse sein müßten. Manchmal sind Details wichtig, um zu verstehen, warum sich jemand einen Namen gibt und sich in einer bestimmten Weise verhält. Die Cetniki zum Beispiel waren neben der kommunistischen Partisanenbewegung unter Tito die wichtigste nichtkommunistische Widerstandsbewegung gegen die Deutschen im Zweiten Weltkrieg. Die Alliierten entzogen ihnen 1943 unter anderem deshalb die Unterstützung, weil sie fast rein serbisch waren, und wandten sich Tito zu, der verschiedene Nationalitäten unter sein politisch-patriotisches Konzept faßte. Wenn jetzt serbische Cetniks auch eine Fortsetzung der restkommunistischen Belgrader Führung darstellen, muß man sich schon fragen, wie so eine Entwicklung zustande kommt. Oder Kroatien. Die Kollaboration mit den Nazis, die Usta-scha, die starke Deutschlandbindung der Führung und das Abtauchen der Faschisten auch in Deutschland und Österreich während des Titoismus sind ja bekannt. Wie ist es nun mit der Verbindung des demokratischen Staates zu den Nachfolgern dieser Tradition und dem expansionistischen Streben Kroatiens auf Kosten Bosniens - dürfen wir es mit der serbischen Politik überhaupt vergleichen? Was hat die maulheldische Drohung der islamischen Welt zu bedeuten, den Moslems in Bosnien helfen zu wollen, zu welchem Zweck, mit welcher Legitimation? Was ist die Rolle der Kirchen in diesem Konflikt? All das sind Fragen, die ich beantwortet wissen möchte, um vielleicht dann dennoch zu schweigen, anstatt Ratschläge zu geben. Nur in bezug auf

die Waffenfabrikanten habe ich gar keine Zweifel, deren Internationale beweist uns, wie wenig die bisherige neue Weltordnung bewirkt hat.

Worauf ich hinaus will: Unsere Ratlosigkeit soll zunächst zugestanden werden. Nicht als Attitüde, so als wollten wir sagen: Verdammt, sind wir aber ohnmächtig, während uns vielleicht klammheimlich die Unfähigkeit der Regierungen freut, etwas Friedliches zustande zu bringen, weil wir von ihnen ohnedies nichts halten. Nein, Ratlosigkeit verweist nicht auf unsere Trägheit oder Schlechtigkeit, sondern, daß wir an der falschen Stelle, mit den falschen Fragen Rat suchen. Gegenüber den leidenden Menschen in Jugoslawien wie gegenüber den fremdenfeindlichen Gewalttaten in Rostock und anderswo.

Die Intellektuellen sind verwirrt. Aber immerhin bemühen sich einige Medien sehr viel intensiver als während des Golfkriegs, die nötige Information wenn nicht zu bringen, so doch einzufordern. Und sie setzen sich mit dem Schweigen oder Reden der Intellektuellen auseinander. Ich nenne beispielhaft die hervorragende Serie der Tageszeitung (TAZ) "Europa im Krieg". Ich halte diese Form der Medienpolitik für ein bescheidenes, aber wichtiges Mittel zum Aufbau einer Friedensperspektive. Lothar Baier etwa spricht ein ärgerliches Phänomen an, wenn er beschreibt:

"(Wir geben) jedem seinen Marktanteil an balkanischen Lieben und alle gegen die Bösen in Belgrad, vermissen aber schmerzlich historische Dokumentationen, die etwas erklären, und Analysen des Konflikts, die sich nicht wiederum der von den Konfliktparteien selbst benützten ideologischen Sprache bedienen."

Darauf könnte ja der wirklich gesuchte Ratschlag der Intellektuellen, die als Berater übrigens nicht gefragt sind, beruhen. Aber nur wenige bestehen offen darauf, dies weder zu wollen noch zu können.

Soweit kann ich György Dalos gut folgen: Er versagt sich, als Intellektueller Stellung zu beziehen, aus zwei Gründen:

"Erstens: obwohl die serbische Regierung (anders als 1914) in diesem Konflikt zweifellos als Aggressor und Hauptver-

antwortlicher bezeichnet werden muß, wäre es leichtfertig zu meinen: wer Serbien stoppt, stoppt den Krieg. Der Sprengstoff ist weder serbisch noch bosnisch. Alle Völker dieser Region leben mit der Erfahrung, um Leben und Tod ringen zu müssen, zumal sie von machthungrigen Intellektuellen, ehemaligen Tito-Generälen und Parteibonzen auf beiden Seiten direkt dazu angeheizt werden... Zweitens: Ich habe keine Lust, durch meine Stellungnahme den heutigen europäischen Politikern irgendein moralisches Mandat zu erteilen."

Aus der Meinung über diesen Krieg läßt sich noch keine Friedensbewegung zusammenstellen. Dann aber nennt Dalos doch zwei Gründe für die verheerende Situation heute: die "Psychose des ewig beleidigten und sprungbereiten Nationalismus" und die seiner Meinung nach zu späte Anerkennung der neuen südslawischen Staaten. Hier kann man sehr nachdenkliche Rückfragen stellen: zunächst, ob es sich wirklich um einen genuinen Nationalismus traditionellen Musters handelt, oder ob die ethnischen und sozialen Strukturen bloß mit einem einigenden Nationalismus argumentieren, weil dieser im Westen als legitimer Prozeß seit dem Zerfall der Sowjetunion wieder anerkannt wird. Dann müßte man ins Kalkül ziehen, daß kroatische Rache an langer serbischer Hegemonie eine ebenso große Rolle spielt wie ökonomischer Egoismus einiger Regionen, während andere aus einem zwar schlecht funktionierenden, aber eben noch funktionierenden Wirtschaftsverband herausgerissen wurden. Was war das Vorbild für diese Art der Staatenbildung, die die Souveränität an den Anfang ihrer Konstruktion setzte, ohne die Vorbedingungen, z.B. demokratischen Konsens, Einvernehmen über die kulturelle Infrastruktur, Minderheitenschutz usw. geklärt zu haben? Und mußten die anderen Staaten nicht nach der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens nachziehen? Das führt zu den begründbaren Zweifeln am Wert der nationalen Souveränität für neuentstehende demokratische Gesellschaften. Die Konflikte waren schon bei der

Abspaltung der baltischen Republiken deutlich. Ich habe den Eindruck, daß die westliche Politik diese Nationalpolitik benutzt, um die neuen Staaten gegeneinander auszuspielen und ihre Abhängigkeit vom Westen zu erhöhen. Der gleiche Westen bemüht sich, m.E. zu Recht, seine eigene Neuordnung übernational und zugleich regional zu gestalten. In welches Argumentationsdilemma die Souveränitätspolitik führt, demonstriert ein hoher Pentagon-Beamter vor dem US-Kongreß:

"... Wir haben klargestellt, daß Serbien und Montenegro in den Staatenbund nicht aufgenommen werden können und dies auch nicht werden, unabhängig davon, wie sie sich selbst bezeichnen, solange sie nicht ihre Aggression und ihr barbarisches Verhalten revidieren. Wir haben bei diesen Bestrebungen die Führungsrolle in der internationalen Staatengemeinschaft übernommen und breite Unterstützung für unsere Position erhalten, daß wir ... Serbien und Montenegro nicht als Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien akzeptieren werden..."

Selbst wenn man die Führungsrolle und die Nichtanerkennung im konkreten Fall akzeptierte, ist die faktische Nichtanerkennung ein logischer Bruch gegenüber der Philosophie, die Souveränität vor anderen Werten zu reihen. Diese Idee von Souveränität ist übrigens der Grund dafür gewesen, warum die USA weder gegenüber der Türkei noch gegenüber dem Irak die Kurden unterstützt haben. (Daß jetzt, im November 1992, die Kroaten gegen die Bosnier kämpfen und die Türken mit deutschen Waffen gegen die PKK, auch im Irak, ist Folge dieser Politik.)

III

Fragen wir nach einer einfachen Vokabel: Verantwortung. Spitzenpolitiker aller Parteien erklären, nun, da Deutschland seine staatliche Souveränität wiedergefunden habe, dürfe es

sich seiner Verantwortung für den Weltfrieden nicht mehr entziehen; müsse also, im Klartext, nicht nur humanitäre und logistische Hilfe bei Militäreinsätzen stellen oder Geld zahlen, sondern Kampftruppen entsenden. Menschen, die Tod bringen, vielleicht auch sterben, wann immer die Verantwortung es geboten erscheinen läßt, z.B. um größeres Blutvergießen zu verhindern oder um Rechte Dritter zu wahren. Ist das Verantwortung? Das kann im Einzelfall politisch richtig sein, im Einzelfall falsch. Aber wie wird es begründet? Ernst Tugendhat weist mit Recht auf folgendes hin: *"In einem demokratischen Staat können die Mächtigen keinen Krieg ohne das eigene Volk machen, und das heißt, sie können keinen Krieg machen, ohne das Volk von der eigenen ideologischen Begründung zu überzeugen."* Verantwortung, wie sie ideologisch mißbraucht wird, reicht hier nicht aus. Vor allem nicht, wenn alle wesentlichen pragmatischen Schritte, wie im vorliegenden Fall, unterlassen wurden. Es gibt keine effektive Kontrolle der Rüstungsproduktion und des Waffenexports, obwohl diese mit legitimer staatlicher Gewalt erfolgen hätte können. Alle Kriegsparteien werden von allen Seiten mit Waffen versorgt. Es gibt kein Programm, das, und sei es im letzten Augenblick, auch nur den Versuch gemacht hätte, an die Bevölkerung der kämpfenden Parteien heranzutreten und sie mit Sozialprogrammen, Moratorien auf kleinstem Raum, vor allem aber staatlich-organisatorischen Zukunftsperspektiven zum Innehalten zu bewegen. Ist das naiv? Ich denke nicht, denn gerade in einer Situation, wo der Haß Familien und persönliche Bindungen zerstört, hat es diese Beziehungen doch wirklich gegeben und sie sind deshalb prinzipiell wiederherstellbar. Aber Verantwortung heißt zunächst, eine Ideologie zu verkaufen, die nach 1945 einem Großteil der Deutschen abhandengekommen ist: als faktische Großmacht so zu agieren, wie das Spiel es anscheinend verlangt. Das Entsetzen, das die Regierenden heucheln, ist ja nichts als die Ohnmacht, nicht wirklich eingreifen zu können und damit

eine Position im Spiel der Mächtigen zu markieren. Schließlich frage ich, wodurch eine derartige Verantwortung moralisch legitimiert werden kann? Bringen wir den Ländern des Balkans Demokratie oder Wohlstand, wenn wir Serbien hart, andere Länder weniger hart bestrafen, wenn wir andere als unsere Vasallen gleich wieder in die Herrschaft einsetzen? Der Golfkrieg hat einen fatalen Sieg des bestrafte Saddam Hussein produziert, das belohnte Kuwait ist uns, als Demokraten, ein Gegner geblieben.

IV

Ich sage nicht, daß es keine Kriege geben kann in Zukunft, oder daß gewaltförmiges Eingreifen nicht auch geboten sein könnte. Aber diese Gewalt darf ihre Rechtfertigung nicht vorrangig aus unseren eigenen Interessen beziehen. Darum habe ich eingangs für ein UNO-Mandat über ganz Jugoslawien plädiert, weil nur hier Legitimation und Effizienz verbunden werden können. Deutschland kann dann sehr verantwortlich handeln: Flüchtlinge aufnehmen, Verwaltungs-, Sozialhilfe-, Gesundheitspersonal stellen, sich um Schulen und Universitäten kümmern - also um all diese Dinge, die eine kriegerische Befriedungsaktion immer für später, d.h. zu spät aufhebt. Natürlich wird die UNO mit Soldaten einmarschieren müssen, und es ist Widerstand dagegen zu erwarten. Aber er ist absehbar ungleich geringer, weil sich die Übernahme der befristeten Herrschaft hier ausschließlich gegen die Mächtigen und nicht gegen das Volk richtet. Der Gegenstand, die demokratischen Staaten fürchteten ein zweites Vietnam, ist so verlogen wie falsch. Dort wurde von den USA ein Krieg gegen das Volk geführt, hier würde die einzige Organisation der Welt mit einem formalen Rechtsanspruch an der Seite vieler Völker agieren. Und warum dann ohne die Deutschen? Weil es angesichts der jüngsten Geschichte fatal wäre, wenn ausgerechnet Soldaten eines Lan-

des einmarschierten, die zwangsweise die Bevölkerung spalten müßten: in solche, die sie wieder bejubeln, und in solche, die sie wieder bekämpfen. Die Gründe dafür sind bekannt, und sie sind lebendig.

Sicherlich bedeutet ein solches Mandat, vor aller Weltöffentlichkeit den Wert der nationalstaatlichen Souveränität herabzustufen. Und vielleicht bietet dies auch die Chance, während des Wiederaufbaus dieses Landes die Entnationalisierung, die eine wesentliche Begründung für das vereinte Europa ist, zu einer reflektierten Erweiterung eben dieses Europas zu dynamisieren. Die Universitäten, die Schulen, die Regionen könnten wieder vielsprachig und durchmischt werden, nicht als Programm, sondern als besserer Anschluß an eine schlechtere Vergangenheit. Ist das naiv? Nur, wenn wir die Politiker mit der Legitimation ausstatten, aus Verantwortung für deutsche Interessen die Interessen der Menschen in Jugoslawien als bloße Funktion im Machtkalkül zu behandeln. Wenn wir uns hervortun in der Waffenkontrolle, bei der schnellen sozialen und administrativen Hilfe, dann hätten wir den Sitz im Sicherheitsrat verdient. Aber die Regierung zögert; wäre es nicht schön, wenn die Mehrzahl der Deutschen endlich ihr Trauma verlöre, indem wir auch in der Gewalt so normal sind wie die andern? Gegen diese Anmaßung helfen keine Friedensdemonstrationen, sondern nur eine soziale Bewegung, die die Bereitschaft signalisiert, all das Geforderte sofort und mit allen glaubwürdigen Partnern durchzuführen.

Das Prinzip läßt sich auf viele Krisenherde übertragen; es setzt allerdings voraus, daß die Menschen in demokratischen Gesellschaften keine Bündnisse mit solchen Staaten schließen, die, obwohl diktatorisch oder anders undemokratisch, nur aus begrenztem eigenen Interesse sich an die Seite der einen oder anderen Operation stellen. Sage keiner, die Grenzen seien so fließend, daß nur ganz wenige Demokratien übrig blieben: so wenige sind es nicht, und gerade das

Prinzip könnte der Bevölkerung in Demokratieschwellenländern Mut machen, ihre Sache in die eigene Hand zu nehmen. Soziale Gerechtigkeit, Pluralität ohne Bevorzugung von Minderheiten, Mehrheitsentscheidungen mit Minderheitenschutz und Infrastrukturen, die jedenfalls gewaltfreien Veränderungen Vorrang vor gewalttätigen Eingriffen einräumen, sind hier gefordert. Wie sich unsere demokratisch gewählten Regierungen, um einige Beispiele für viele zu nehmen, gegenüber Türken und Kurden, gegenüber Flüchtlingen aus unterschiedlichen Ländern verhalten, wie sie gute und böse Diktaturen säuberlich trennen, um noch ein paar Waffen zu verkaufen, läßt uns noch eine andere Verantwortung erkennen, nämlich, daß wir selbst uns nicht weiter so behandeln lassen. Daß wir uns mit dem Sieg der Demokratie als prinzipielle Gesellschaftsform künftiger Staaten nicht zufrieden geben.

V

In Rostock klatschen die Anwohner drei Tage lang Beifall, als Gewalttäter Ausländer und die Polizei bedrohen. Am vierten Tag klatschen sie der Polizei, weil diese die Lage im Griff hat, wie man so schön sagt. Die Regierung in Bonn schämt sich für das Volk und fürchtet um die Reputation der Bundesrepublik im Ausland. Dann aber kommt sie wieder in Tritt und fordert neben einer Grundgesetzänderung die "Anwendung der ganzen Härte des Gesetzes". Den Spruch kennen wir, von der erfolglosen Drogenbekämpfung bis zur permanenten Amnestierung aller Rüstungsproduzenten. Die Härte des Gesetzes trifft meist den, der sich von den Gesetzeshütern fangen läßt, und das ist ein 18jähriger Skinhead allemal eher als ein Innenminister. Auch die antifaschistischen Demonstrationen bewirken da nichts, weil sie von Faschismus nichts und von den Zusammenhängen nur das Endresultat kennen.

Der Krieg in Jugoslawien wurde und wird immer auch in den anderen Ländern vorbereitet. Die innerstaatlichen Feinderklärungen bereiten das ideologische Feld dafür vor, daß bestimmte Ideologien überzeugen und andere verworfen werden. Ein harmloses Beispiel: Der Widerstand in vielen europäischen Ländern gegen die Verträge von Maastricht braucht nicht zu verwundern, wenn die populistische Politik die nationale Wertebesonderung plötzlich wieder so in den Vordergrund stellt, daß die Vorzüge der sozio-kulturellen und politisch-ökonomischen Alternativen verblassen. Im kleinen gibt es da die bekannten Phänomene: von der Identifikation mit unseren gedopten Goldmedaillenfasanen über das Auftreten der Urlauber in abhängigen Erholungsöasen bis hin zur gewalttätigen Sprache des deutschen Amtssrosses. Im kleinen gibt es aber auch eine Verwilderung der Sitten, die den Zustand verschlechtert. Wir haben seit Jahren darauf hingewiesen, daß der Begriff "Asylant" ein hundsgemeines Schimpfwort ist, daß es alle fatalen Assoziationen von Simulant bis Schwindler enthält: politische Sprache ist halt so. Und den Begriff "Asylbewerber" oder "Flüchtling" könnte man doch leicht ohne Scham verwenden. Aber mit dem "Asylanten" kann man Politik machen, und heute gibt es keine politische Partei, die diesen Begriff nicht mehr oder weniger geläufig gebraucht. Das sind Kleinigkeiten: gewiß, aber sie machen eine politische Kultur auch aus.

Ich habe Rostock nicht wegen der Aktualität angesprochen. Ich denke, daß ein Teil der Lösung des Jugoslawienproblems in der Antwort auf die Frage liegt, wie es zu den Gewalttaten kommen konnte und was daraufhin zu tun sei. Ähnlich wie beim Begriff der Verantwortung, gibt es auch hier eine mißbrauchte Vokabel. Fast alle Politiker haben "Verständnis" für die Sorgen der Bevölkerung, für ihre Fremdenangst, ja, ohne sie zu billigen natürlich, auch für die Ausländerfeindlichkeit. Und wenn diese Bevölkerung wiederum Verständnis für die Gewalttaten hat, ohne sie zu billi-

gen, dann fehlt nur noch, daß wir von einem Asylbewerber hören, er hätte ja Verständnis für die, die Verständnis dafür haben, daß man ihm das Haus anzündet. Was heißt Verständnis und was bedeutet es in diesem Zusammenhang?

Verständnis äußern kann, wer sich in die Situation, Erfahrung, Denkweise eines anderen hineinversetzen kann. Das ist nur möglich, wenn er diese Situation, Erfahrung, Denkweise kennt. Um etwas zu kennen oder zu wissen, ist ein Lernprozeß, ein Akt des Kennenlernens notwendig. Dieser Akt erfolgt nicht, wenn zwei oder mehrere Gruppen einander fremder Menschen einfach faktisch miteinander konfrontiert werden. Der Prozeß des Kennenlernens ist ein elementarer Vorgang für den Erhalt von Zivilisation. Entfremdung ist die Umkehrung dieses Prozesses.

Nehmen wir die Ausgangssituation. Der Fremde ist fremd, und nicht etwa gleich mein Menschenbruder, Gesinnungsfreund oder Verbündeter. Er ist fremd, ich kenne ihn nicht, ich bin ihm fremd, er kennt mich nicht. Warum soll ich ihn kennenlernen? Weil er plötzlich da ist, nicht aus freien Stücken, nicht, weil er mich kennenlernen möchte. Vielleicht hat er mehr als nur das Trauma der politischen Vertreibung bei uns zu verarbeiten, vielleicht hat er Familie, Arbeit, Selbstbewußtsein, Gesundheit, Eigentum, Hoffnung, Zukunft hinter sich gelassen, nur um hier zu sein. Kein Mitleid, bitte. Hier ist er in Sicherheit, wenigstens. All das kann er vielleicht nicht ersetzen, aber daß er hier lebt und nicht dort, wo er herkommt, tot ist oder begraben im Gulag und KZ, ist die Bedingung der Möglichkeit von Weiterleben. Kein Mitleid, einfach hinsehen: Er will ja nichts von mir, er will zunächst nur da sein. Dafür braucht er Wohnung, Kleidung, Geld, Kommunikation. Und wir sind dafür verantwortlich, nicht weil wir im christlichen Abendland eine solche Verpflichtung moralisch auf uns geladen haben, sondern schlicht, weil wir all das besitzen, ohne das der Fremde nicht hier wäre. Wenn wir uns verstehen, verstehen wir den Frem-

den besser. In einem Land, das für die Straßenköter Diätfutter mit Kalorientabelle anbietet, ist es schlichtweg nicht gestattet, über die Zumutbarkeiten für die Elenden dieser Welt zu rechten.

Der Haupteinwand dagegen ist nicht, daß dies nicht für Einzelfälle nachzuvollziehen wäre, aber die Menge!, und die eigenen Leute sind ja auch immer schlechter dran. Vor allem ärgert der zynische Befund, ob es denn besser wäre, wenn es uns so schlecht ginge wie diesen. Nehmen wir den Einwand ernst. Natürlich kann man nicht alles auf einmal und für alle regeln. Aber noch viel konkreter als beim beschriebenen UNO-Einsatz gilt auch: Wir wissen genau, was wir tun können, um die vorhandenen Flüchtlinge und noch einige mehr aufzunehmen. Wir müssen sie nicht lieben, und wir müssen uns nicht mit ihnen in ihrem jetzigen Zustand identifizieren. Aber sie unterzubringen, ihnen Kommunikation und auch Arbeit zu schaffen, geht, wenn es gewollt wird. Es wird nur nicht gewollt, weil das nationale Ressentiment dagegen ist und weil man nicht versteht, daß das Elend dieser Menschen durch unseren Reichtum mitverursacht wird. Das zweite Argument brauche ich nicht auszuführen, aber das erste ist erläuterungsbedürftig. Es unterstellt, daß die Fürsorge einer Gesellschaft zuvörderst ihren eigenen Subjekten gelte, die ja den Staat mit ihrer Leistung erst machen und strukturieren. (Wie schrien sie nach den letzten Wahlen: deutsches Geld für deutsche Aufgaben!) Wenn wir bloß die Aufgaben, die der Sozialabbau unter der jetzigen Bundesregierung hat brachliegen lassen, von Flüchtlingen erledigen ließen, könnten wir noch ganz andere Kontingente aufnehmen, einwandern lassen, wenn es sein muß, einbürgern - und wir müßten sie ausbilden und vielleicht müßten wir sie als Ausbilder auch einstellen. Wiederum: Ist das naiv? Es ist schon deshalb realistisch, weil es durch viele Jahrhunderte, auch in diesem Land, immer wieder in vielen Ländern so zugegangen ist und funktioniert hat - bis die nationale Politik überge-

ordnete Gesichtspunkte zur Massenideologie hat werden lassen. Und die Wirtschaftsflüchtlinge, die vor 30 Jahren die Bundesrepublik fett gemacht haben als Gastarbeiter, kamen die nicht auch aus Jugoslawien? Die soziale Bewegung, die dafür erforderlich ist, ist ein und dieselbe, die wir für die Krisenintervention auf dem Balkan brauchen. Aber ich weiß, daß noch ein anderes Problem drückt: die Härte des Gesetzes. Kein Wort des Verständnisses für die Opfer von Lichtenhagen, von Mitleid, Scham oder Verantwortung; jedenfalls hören wir nichts von denen, die wir in hohe Positionen gewählt haben. Da ist ein Scheinkompromiß schon einfacher: Für die meisten Politiker, auch viele in der SPD und bei den Grünen, ist eine Grundgesetzänderung im Artikel 16 nicht mehr ausgeschlossen. Sie erhoffen sich genausowenig wie die Regierung irgendeinen praktischen Effekt davon, aber immerhin eine Beruhigung für die Bevölkerung, für die man Verständnis hat, wenn sie ob der vielen Ausländer aufgebracht ist. Ich will mich dazu nicht im juristischen oder moralischen Sinne konstruktiv äußern, sondern nur ein Szenario aufstellen. Nehmen wir an, Herr Kohl, Herr Seiters und andere hohe Herrn, die den Artikel 16 ändern wollen, würden in die Nazizeit zurückversetzt. Nehmen wir an, sie wären Demokraten genug, um dem Regime auf die Nerven zu fallen, oder gar, daß man entdeckt: Sie sind Juden. Sie können Deutschland bei Nacht und Nebel verlassen, aber wohin? Sie werden von der Schweizer Grenze zurückgeschickt, das Visum in Frankreich läuft aus, das Visum für Portugal ist noch nicht da, Schiffspassagen sind nur unter Einsatz fragwürdiger Mittel zu erhalten, und schließlich haben sie es nicht geschafft, in einem anderen Land, wo sie schon angekommen sind, zu überleben, weil dessen demokratische Verfassung das Asylrecht einschränkt.

Das weitere möge jeder sich selbst denken. Das ist polemisch, und es ist so gemeint. Natürlich will niemand den Kern antasten, aber ans Fleisch des Asylrechts geht, wer es

relativiert. Laßt es doch von ein paar Leuten mißbrauchen, wenn es die andern nur gebrauchen können! Und bitte kein Wort von den Kosten. Geld ist genug da, und es kann nur noch mehr verdient werden, wenn Deutschland sich auch im Osten seines Territoriums konsolidiert.

VI

Über unseren Reichtum und diese Selbsterkenntnis können wir auch den Fremden erkennen, und er lernt uns kennen. Keine Multikulti-Folklore, kein falsches Buhlen um die Exotik des Einzelfalls: Es wird weniger ordentlich im preußischen Sinn werden, aber etwas kultivierter, vielleicht im Triestiner Sinn.

Womit ich mich wieder dem Balkan nähere. Dort wird auch heute getötet, verwüstet, vernichtet. Die Londoner Friedenskonferenz hat uns die verachtungsvolle Unfähigkeit unserer Außenpolitik gezeigt, aber es nützt ja nichts, sich daran aufzurichten. Ich denke, wir müssen uns gegen die Kriegsvorbereitung in unserem Land wehren, indem wir aus einigen der gemachten Vorschläge Konsequenzen ziehen. Nüchtern, ohne die Sprechblasen von längst ausgeronnenen Bewegungen. Wenn wir die UNO-Mandatsidee richtig finden, müssen wir sie fordern, über die Abgeordneten, die Politiker, die Meinungsführer, und viele müssen sich dahinter stellen. Wenn wir Hilfe anbieten wollen, dann müssen wir Flüchtlinge aufnehmen, Kinder adoptieren, Medico und Cap Anamur unterstützen, Geld, viel Geld, sammeln und transparent verwalten, Zivildienstleistende für die Rekonstruktionsarbeit ausbilden, mit Unicef und NGOs zusammenarbeiten, und wir müssen erkennbar gegen das einseitig gewaltfixierte Denken unserer Regierenden auftreten. Das wird unser Verhältnis zum Fremden auch verändern.

VII

Diesen Gedenktag organisiert seit Jahren der deutsche Gewerkschaftsbund. Der DGB hat viele von den Idealen auf seine Fahnen geschrieben, deren Realisierung jetzt auch für die Völker Jugoslawiens lebensnotwendig ist. Was können die Gewerkschaften tun? An all dem mitwirken, was für den sofortigen Einsatz in Jugoslawien sinnvoll ist, einschließlich Mithilfe bei der Arbeitsverwaltung. Aber sie können im Inland etwas zusätzliches machen, was ihnen niemand abnehmen kann: Ihre Betriebsräte wissen, wo nach wie vor Waffen geschmiedet und exportiert werden. Sie können sich wehren, und das Ende dieser Produktion schafft mehr, und nicht weniger Arbeitsplätze für uns und die Fremden.

Sehr viel konkreter und genauer werden wir alle wissen, was zu tun ist, wenn wir hier mitarbeiten, daß der Frieden vorbereitet wird und deshalb dort eine Chance erhält. Hier wie dort müssen wir uns kennen, um die anderen zu verstehen, und die anderen verstehen, um zu wissen, daß keine Gewalt eine andere dauerhaft zum Frieden ersetzen kann.

Literatur

- AFHELDT, Horst: Die neue Nachkriegszeit. In: Kursbuch 105 (1992), 14
- Amerika Dienst (USIS) 33, 19.8.1992
- Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 7-1984
- Enzyklopädie "Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft". Stichwort: TITO, TITOISMUS, 451ff.
- GROTHUSEN, Klaus-Detlev (Hg.): Südosteuropa Handbuch. Bd. 1 Jugoslawien. DFG: Göttingen 1975. Darin PETROVICH, Michael B.: Population Structure (322-344) und RAUCH, Albert: Kirchen und Religionsgemeinschaften (345-359)
- MAGRIS, Claudio: Donau. Hanser: München 1988, 343ff.
- OECD Economic Surveys: Yugoslavia 1987/1988 (Paris 1988)
- SINGLETON, Fred and CARTER, Bernard: The Economy of Yugoslavia. London 1982 (Croom Helm)
- STANKOVIC, Slobodan: Krisenherd Jugoslawien?
- Statistisches Bundesamt: Länderbericht Jugoslawien 1990
- TUGENDHAT, Ernst: Das Friedensproblem heute. In: Kursbuch 105 (1991), 1-12
- ZAKOSEK, Nenad: Die politische Konstruktion Jugoslawiens. In: Informationsdienst Wissenschaft & Frieden 4/91, 19-21

Zeitungsmeldungen, Kurzfassung

AUßENMINISTER KINKEL: Schuldzuweisung an Serbien,
Drohung mit "Verarmung und Isolation" TAZ 27.8.92

GLOTZ, Peter: Die deutsche Lesart, TAZ 22.8.92

SCHOLL-LATOURE, Peter: Die Schüsse hallen bis Teheran.
Rh. Merkur 14.8.92

SZ 22./23.8.92

TAZ-Serie "Europa im Krieg"

WOLF, Frieder O.: Ein nüchterner Pazifismus ist immer
noch angesagt! TAZ 22.8.92

Sensible Praxis - Robuste Gefühle¹

Es reicht, alle haben genug vom Reden, sie wollen handeln, oder sie wollen, daß gehandelt wird. Aber wie sollen wir handeln, was sollen die Politiker eigentlich tun, wie greift man gegen die Rechten durch, wie schützt man die bedrängten und verfolgten Ausländer, wie lösen wir die objektiven Probleme, die durch die tausenden Flüchtlinge entstanden sind und weiter entstehen? Alles rhetorische Fragen, gewiß, - und dennoch müssen wir reden, um handeln zu können, und deshalb müssen wir genau zu wissen trachten, was wirklich ist, und darüber nachdenken, um aus unserem Reden Praxis zu gestalten.

In den letzten Monaten habe ich mich mit den Fragen des Fremden, der Verfolgung, der Konsequenzen für unsere Gesellschaft und für uns als einzelne Menschen eingehender als früher befaßt. Einige Ansätze gebe ich vorab wieder, und daraus wird sich mein Thema entfalten. Die Thesen sind zunächst verkürzt und holzschnittartig:

1. Wir, die wir uns um nichtrassistische, nicht fremdenfeindliche Politik bemühen, sollen uns auch um das Wissen bemühen, wieweit wir selbst das Problem sind, oder wenigstens Teile des Problems, das wir den andern, den Fremden, zusprechen.
2. Die erlernte Sensibilität gegenüber den Fremden ist noch keine, die unsere gesellschaftliche und individuelle Existenz so grundsätzlich bestimmt, daß wir aus ihr heraus leben und handeln: Sie bleibt noch zu sehr auf der Ebene des (guten) Willens und/oder des moralisch vorauseilenden Bekenntnisses.

3. Eine noch so aufrichtig gemeinte Haltung des Antifaschismus oder Antirassismus sagt nichts über die menschlichen Qualitäten und Lebenszusammenhänge derer aus, die wir vor Gewalt und Rassismus schützen wollen. Sie sagt auch nichts darüber aus, wie weit wir in der Lage sind, aus dieser Haltung die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen.
4. Es gibt keine absehbar sinnvolle Lösung, die nicht auch benennbare Konsequenzen für unser ganz konkretes Leben in der deutschen Gesellschaft mit sich bringen wird.

Ich weiß, daß diese vier Thesen zu abstrakt sind, als daß ich unmittelbar Schlußfolgerungen aus ihnen ableiten könnte. Ich will also einige Umwege in Kauf nehmen.

Wir sind Teil des Problems, von dem wir sagen, die ändern machen es. Wir sind, den Gesellschaftsdurchschnitt genommen und damit auch die Ärmsten einbeziehend, so reich, daß wir uns nicht wundern müssen, wenn das Leben, das wir führen, andere anzieht. Dazu werde ich zwei Thesen entwickeln: Die eine bezieht sich auf soziale und ökonomische Tatbestände, die andere handelt vom "Normalismus".

Unsere Sensibilität ist zugleich ein verbaler und emotionaler Schutz vor radikalen Konsequenzen. Sie ist nicht unaufrichtig, aber sie ist unwahrhaftig angesichts der Lebensperspektiven der Fremden, Andersartigen und Flüchtlinge. Daraus werde ich eine These erarbeiten, die sich mit den unsensiblen Folgen der Bekenntnispolitik beschäftigt. Der Titel meines Vortrags wird sich hauptsächlich hier entfalten.

Der Schritt von Einstellungen und Haltungen zur Politik wird zur nächsten These führen. Hier werde ich mich mit der Demokratie, der Republik und den Verkehrsformen in Deutschland beschäftigen und versuchen, so konkret wie möglich alternative Lösungsmuster darzustellen.

Einige Überlegungen zum Umgang mit anderen, nicht dominierenden Kulturen werden sich anschließen. Hier bin ich nicht so vermessen, in Thesenform meine Meinung darzustellen, sondern ich will Markierungen setzen, an denen wir weiter arbeiten können.

Abschließend werde ich die Situation des vereinigten Deutschland auch in einen historischen, bewußt europäischen Kontext stellen. Vielleicht läßt sich daraus auch ein Teilmodell politischer Praxis entwickeln.

Ich werde nicht zur Diskussion um den Artikel 16 Grundgesetz sprechen, das habe ich an anderer Stelle ausführlich gemacht, und zwar im Kontext des Kriegs in Jugoslawien und der Gewalttaten von Rostock. Aber ich werde über einige Grundlagen dieser Diskussion in den einzelnen Abschnitten dieses Vortrags sprechen.

I

Es ist trivial, daß Menschen lieber im Wohlstand leben als in der Armut und daß die Mehrzahl von ihnen lieber in einer freiheitlich oder demokratisch gestalteten Gesellschaft lebt als unter der Knute einer Diktatur. Es ist schon weniger trivial, daß die Mehrzahl der Menschen außerhalb Europas und Nordamerikas in Armut und/oder Unterdrückung leben und dennoch nicht schon längst und in ganz anderen Kontingen-ten als bisher in die regenreichen Staaten der kapitalistischen industriereichen Ersten Welt zugewandert sind. Es reicht als Erklärung nicht aus, daß die Schwierigkeiten der Anreise, des Auswanderns, des Aufgenommenwerdens unüberwindlich sind. Historisch liegt eher das Gegenteil empirisch nahe. Aber da gibt es natürlich andere Gründe, die wir, aufgeklärt und kundig, schnell benennen können: Das Eingewurzeltsein in kleinste Mikrostrukturen und in größere Kultur-, Sozial- und Produktionszusammenhänge, lebendige Traditionen,

ausgeübter Glaube, wohl auch, wenigstens bei vielen, die Einsicht, man müsse an dem Ort der Welt, an dem man sich unter solchen Bedingungen befindet, auch produktiv und solidarisch verhalten; das letztere dürfte aber einen geringen Stellenwert haben. Und vergessen wir nicht: Es ist vom Nationalismus weit entfernt, wenn diese Menschen ihre Heimat lieben, das heißt, eine bestimmte Landschaft, eine bestimmte Formation der Erdoberfläche, die nicht zufälligerweise von ihnen und ihren Familien bewohnt wird. Es müssen also außergewöhnliche ökonomische und soziale Umstände und/oder eine nicht mehr ertragbare politische und geistige Unterdrückung diesen Menschen aufgeherrscht werden, damit sie sich zur Flucht, Emigration, geplanter Auswanderung oder aber zur Asylsuche entschließen. Solche Entschlüsse sind mitgeprägt durch die jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen an den Heimatorten dieser Menschen, das heißt, daß die besten Chancen, sich durch Entfernung zu retten, die gebildeten Männer haben, Frauen, Kinder, Alte und die vielen Isolierten bleiben auf der Strecke. Auch spielt eine große Rolle, daß innerhalb dieser armen und geknechteten Gesellschaften natürlich keineswegs Pluralismus, Minderheitenschutz und Konsens über die Prioritäten besteht - das heißt, daß es vielfach die Opfer der Unterdrückten sind, die als erste der Gewalt weichen wollen, aber dazu oft die schlechtesten Voraussetzungen haben.

Von hier aus lohnt es allemal, sich darum zu bemühen, Imperialismus, Kolonialismus oder auch schlicht die Lebensumstände in entfernteren Teilen dieser Erde zu analysieren. Das Thema ist mit dem anscheinend irreversiblen Sieg der westlich-industriell-bürgerlich-modernen Demokratie keineswegs erledigt, im Gegenteil: Gerade dieser letzthin so leicht erscheinende Sieg hat Anteil an der heillosen Situation, mit der wir konfrontiert sind. Es gehört ja zu den Selbststabilisierungsstrategien dieser Gesellschaften der Ersten Welt, ihr Modell als das relativ konfliktärmste und wirt-

schaftlich wie sozial am meisten erfolgversprechende so anzupreisen, daß alle anderen Gesellschaftsformen sich von vorneherein unter Legitimationsdruck befinden. Das wäre nicht schlimm, weil ja für die These der Erstwelt-Demokratien einiges spricht. Wäre da nur nicht die fatale Konsequenz, daß die Werte eben dieser Erstwelt-Demokratien in anderen Teilen der Erde gewaltsam und ohne Rücksicht auf die zuerst angedeuteten Zusammenhänge durchgesetzt würden, Stichworte seien: Überschuldungspolitik, Weltbank, als Entwicklungshilfe getarnte Großprojekte, oder schlicht die Unterstützung derjenigen Gesellschaftsverfassung, die der eigenen Außenpolitik am nächsten kommt - und die dann die relative oder absolute Nähe zum eigenen demokratischen System als Akt politischer Opportunität zugesprochen erhält. Auf diese Weise sind wir selbst Teil des Problems, bevor wir uns überhaupt noch mit philosophischen oder psychologischen Problemen des "Wir" und "Ihr", des "Eigenen" und des "Fremden" beschäftigen.

II

Die Fülle der Erklärungs- und Interpretationsansätze zu den rechtsradikalen, rassistischen, nationalistischen Gewalttaten der letzten Monate, zum Verhalten der verschiedenen Gruppen der Bevölkerung, zu den zugehörigen Diskursen, auch zu unserem eigenen Verhalten ... ist durch die terrorisierende Aktualität schnell unübersichtlich geworden. Es gibt zwar einige Versuche, diese Fülle wiederum zu ordnen, aber die Ereignisse lassen der Reflexion wenig Zeit. Dementsprechend häufig sind die ideologischen Schnellschüsse, z.T. mit verheerenden Folgen: Ich habe an anderer Stelle ausführlich über die Gemeinheit gesprochen, politische Akte mit dem Verständnis für die Haltung der Bevölkerung zu bestimmten Ereignissen zu legitimieren.

Im Zusammenhang mit meiner ersten These wird sich die zweite These mit einer Innenansicht befassen: Deutschland gehört zu den Ländern, in denen produziert wird, was ein neuerer theoretischer Ansatz "Normalismus" nennt. Jürgen Link und im weiteren die Bochumer Arbeitsgruppe der Zeitschrift "Kulturrevolution" haben eine sehr überzeugende Beziehung dieses theoretischen Ansatzes zum Problem des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit hergestellt. (Ich kann den gesamten theoretischen Zusammenhang hier nicht erläutern, sondern beschränke mich auf eine Hauptlinie der Argumentation.) Die Länder der Ersten Welt haben eine hegemoniale Kultur entwickelt, deren Stabilität u.a. aus dem funktionalen Zusammenhang von kapitalistischer Produktionsweise, bürgerlicher Gesellschaftsverfassung und industrieller Modernität bestimmt wird. Hegemonial ist diese Kultur, weil sich alle anderen Zivilisationsformen ständig mit ihrem Standard auseinandersetzen müssen, um ihre relative Position bestimmen zu können. Ein Merkmal dieser Kultur ist der Normalismus, d.h. das Bestreben, die eigene Verfassung, Konfliktlinien, Entscheidungen entlang der Achse "normal/anormal" zu bestimmen. Die Kriterien werden durch eine Art gesamtgesellschaftlicher "Durchschnittsbildung" hergestellt und unterliegen dementsprechend einer durch die historischen Veränderungen bedingten Dynamik. Für unser Thema konkretisiert, gibt Jürgen Link einige anschauliche Beispiele, was wir für normal oder anormal halten: z.B. war es vor einigen Jahren noch normal, daß das Land 100.000 Flüchtlinge nicht aufnehmen konnte ("Schmerzgrenze"), 500.000 Aussiedler waren wiederum normal, was dann 200.000 (Süd-)Flüchtlinge ebenfalls als normal erscheinen ließ; die jetzigen Asylbewerberzahlen sind völlig anormal usw. Dieser Ansatz darf nicht auf ein sozialpsychologisches Moment reduziert werden, wonach das Verständnis für eine bestimmte Einstellung mit dem subjektiven Reflex der Bevölkerung auf bestimmte Tatsachen ver-

knüpft wird. Denn diese bestimmten Tatsachen selbst erscheinen nicht in ihrer objektiven, sondern in ihrer ideologischen Form, also auf der Normalitätsachse und in ihrer Entscheidungsform immer bereits hochinterpretiert, wie Jürgen Link z.B. an der unterschiedlichen Etikettierung von Menschen als Flüchtlinge, als Asylanten oder als Einwanderer deutlich macht.

Dieser erklärende Theorieansatz ist gewiß nicht umfassend, aber er hat methodische Vorteile für die Diskussion von sehr komplexen Sachverhalten. Die Konsequenz aus diesem Ansatz für unser Thema ist, die Toleranzgrenzen innerhalb des heute gültigen Normalitätsschemas für Deutschland oder für Europa festzustellen, um daraus die Selbstinterpretation politischer Handlungsfähigkeit besser analysieren und erklären zu können. Denn was den Menschen zumutbar ist und was nicht, hat auch seinen Ort auf der Normalitätslinie; und es ist von großer Bedeutung, damit wir auch nicht kurzschlüssigen Artefakten aufsitzen, zu analysieren, warum die geringe Zumutbarkeitsschwelle in der deutschen Bevölkerung den Fremden und Asylbewerbern soviel zuzumuten bereit ist. Hier wäre meines Erachtens bei dem radikalen Verlust empirischer Vorstellungskraft von Leiden und Unterdrückung, von Armut und erzwungener Mobilität bei der übergroßen Mehrheit der deutschen Bevölkerung anzusetzen. Nur daraus läßt sich die irrationale Verlust- und Verzichtsangst gerade der mäßig wohlhabenden Kleinbürger mit erklären.

Ich will nicht so sehr auf eine moralische Wohlstandsverwahrlosung einer saturierten demokratischen Gesellschaft hinaus, obwohl dieser Aspekt z.B. bei der Teilungsmetapher zwischen Ost- und Westdeutschen von Bedeutung ist. Vielmehr ist die Kopplung des erreichten Lebensstandards an die Verfassung des bürgerlich-demokratischen Industriestaates zu Lasten der Verfassung und zu Gunsten einer durch Erfahrung legitimierten Selbstverständlichkeit dieses Standards degeneriert. Das Phänomen ist mittlerweile global (Gal-

braith, Germanwatch). Ich halte es für plausibel, diesen Aspekt mit den Überlegungen von Pascal Bruckner zu verbinden, der der "melancholischen Demokratie" höchste Instabilität nach dem Wegfall des antagonistischen globalen Feindbildes vom Kommunismus attestiert. Außerdem ist es wichtig, die Perversion nicht von den Rändern her zu bestimmen (diesmal also von "rechts", um endlich ein Äquivalent gegen "links" aus den Jahren 1968 bis 1977 zu haben), sondern in der "Mitte" zu verorten, wo aus eben der Lebensstandard-Besitzstandswahrung die Liberalität entfernt wird (Gunter Hofmann).

III

In meinem letzten Vortrag habe ich versucht darzustellen, daß unsere aufgeklärte und bemühte Sensibilität gegenüber dem Anderen, dem Fremden, gewiß ein Fortschritt im Bewußtsein ist, daß aber diese Sensibilität auch ihre Gefahren hat. Ich bin nicht so weit gegangen, ihr einen Opportunismus zu unterstellen, der z.B. Ausländerfreundlichkeit in den gleichen Rang hebt wie die scheinbar resignierte männliche Attitüde gegenüber der Frauengleichstellung: Es sei besser, ein Problem durch Passivität zu untertunneln oder es vielleicht sogar von innen her unterlaufen zu können, als es gegen einen aufgesetzten Konsens frontal zu attackieren. Sicher gibt es diesen Opportunismus, aber ich nehme einmal ein vorsichtiges soziologisches "Wir" in Anspruch, das z.B. in diesem Hörsaal, an dieser Universität oder in der "Kulturetage" sich entwickeln konnte: ein an bestimmten Grundregeln demokratischer, aufgeklärter Gesellschaftsperspektive orientiertes Bewußtsein. Und dann hat diese unsere Sensibilität ja einiges bewirkt: Lange an den Rand gedrückte Probleme sind wiederum Gegenstand von wissenschaftlichen Veranstaltungen, von Auseinandersetzungen innerhalb politischer Gruppen, von ökonomischen und sozialen Entscheidungen

(man denke an die Verteilung der freiwilligen Sozialleistungen von Kommunen usw.). Wir haben uns einen anderen Sprachgebrauch angewöhnt, wir machen, jedenfalls in der Öffentlichkeit, keine Türkenwitze mehr, wir vermeiden den Begriff Asylanten und sprechen von Asylbewerbern, wir kümmern uns um den sozialen und kulturellen Hintergrund der unterschiedlichen Ethnien, soweit sie uns vor Augen kommen, wir erkennen die Vielschichtigkeit von Legitimationsproblemen. Diese Sensibilität deutet auch die Bereitschaft zu einem moralischen, vielleicht politischen Bündnis an, aber sie birgt auch zwei Gefahren: die eine, daß wir uns hinter ihr verstecken können, wenn es ums Handeln geht, weil wir gerade aus unserer sensiblen Differenzierung heraus gut kritisieren können, wer von den Verantwortlichen durch Nichthandeln oder Fehlentscheidungen eine vernünftige Ausländerpolitik boykottiert. Die andere Gefahr ist, daß diese Sensibilität sich doch recht schnell auf den Standpunkt unserer (kritischen, aufgeklärten) Normalität stellen kann und gerade durch die Betonung der Toleranz gegenüber dem Anderen und dem Andersartigen einen Beitrag zur recht selbstbewußten und zugleich unbewußten eigenen Normalität leistet. Ich will hier nicht in die Gefahr eines konservativen Ethnopluralismus verfallen, dessen Voraussetzungen in einem ganz anderen Diskurs angesiedelt sind (Jost Müller). Ich verweise nur darauf, daß dieser durchaus auch Sensibilitäten entwickeln könnte.

Ich habe auch schon darauf hingewiesen, daß diese Sensibilität die alte, eher antiimperialistisch-emphatische Rechtfertigung der Zuneigung zu ausländischer Folklore und der Abwertung der eigenen Volkskunst mitbegründet, und der erneute Hinweis darauf soll ein wenig die satirischen Züge beleuchten, die eine oberflächliche Sensibilität auch nach sich zieht. Es war einmal innerhalb der Linken Mode, die Lebensumstände von Südseeinsulanern als beispielhaft für eigentumsfreie Produktions- und Sexualbeziehungen zu prei-

sen, und wenn man schon nichts Genaues wußte, dann waren doch die Legenden ein recht handfestes privatanthropologisches Arsenal. Heute scheint mir die Suche nach Verständnis für die jeweiligen Lebensumstände der Fremden ein aufschiebendes, vielleicht sogar politikverhinderndes Element zu enthalten. Es geht doch gar nicht um multikulturelle Integration, es geht doch gar nicht primär darum, alle Flüchtlinge in gleicher Weise zu annektieren, so als wären die Optionen von Rückkehr, Umgestaltung im Heimatland, globalen Lösungen usw. völlig außer Realität. Angesichts dieses Tatbestandes erinnert mich unsere Sensibilität ein wenig an das Sprichwort, wonach Mitleid ohne Hilfe unmenschlich sei. Sensibel müssen wir sein, aber wir sollen nicht zu sehr Aufwand mit der Kultivierung unserer Gefühle gegenüber dem Fremden treiben. Sensible Praxis heißt helfen und nicht unbedingt alles und sogleich verstehen und erklären können, denn in der Zwischenzeit verhungern, verelenden oder verzweifeln Tausende. Und helfen heißt wiederum, Abstand von den eigenen Gefühlen nehmen: Wir müssen die Fremden nicht lieben, weil sie fremd sind, wir müssen sie überhaupt nicht lieben, wir müssen ihnen noch nicht einmal mehr als die fundamentalste republikanische Sympathie entgegenbringen, die wir einander schuldig sind, da wir nun auf dem gleichen Territorium leben und miteinander auskommen müssen. Wir müssen auch nicht den Prozentsatz berechnen, den diese Menschen von unserem normalen Lebensstandard abbekommen müssen, um das einzulösen, was wir ihnen als menschenwürdig zudiktieren. Die Antworten sind möglicherweise bürokratisch, sie sind möglicherweise sogar verwaltungstechnisch kalt, aber sie bedeuten Unterkunft, Sicherheit vor Verfolgung, hinreichend Nahrung und so schnell wie möglich eine Arbeitserlaubnis, die es erlaubt, die eigene Biographie wieder in die Hand zu nehmen. Diese Trivialitäten einer demokratischen Gesellschaft wären mit sehr viel weniger Konflikten zu großen Teilen schon längst reali-

sierbar gewesen, und sie sind es auch noch, wenn nicht jeder einzelne dieser Akte ideologisch und moralisch hoch aufgeladen würde: Da werden die Flüchtlinge in so viele Kategorien aufgespalten, daß es zwischen ihnen nur mehr Mißbrauchsabstufungen gibt, da gilt der uns nahestehende Jugoslawe sehr viel mehr als der uns fernstehende Muslim, da gibt es Flüchtlingsgruppen, denen wir eher eine moralische und ideologische Übereinstimmung mit unserer Kultur zutrauen, und andere, die uns wenigstens so unsympathisch sind wie ihre Unterdrücker, oder sogar noch ärgerlicher, wenn wir etwa an die Flüchtlinge aus dem deutschfreundlichen Waffenkäuferland Türkei denken. Die Sensibilität hat auch eine völlig falsche Dimension, wenn wir aus der Tatsache, daß jemand Schutz sucht, einen Schluß auf seinen Charakter und seine moralische Qualität ziehen wollen. Bis an die Grenze des Strafrechts ist ein solcher Schluß nicht nur bereits rassistisch, sondern verhindert im Grunde genommen jede pragmatische Lösung (und wo das Strafrecht anzuwenden ist, soll es angewendet werden, mit gleicher Konsequenz für alle, und zwar ausnahmslos). Die Sentimentalität der nichtbetroffenen sensiblen Fremdenfreunde treibt oft groteske Auswirkungen, etwa bei dem Nachweis, welche Flüchtlingsgruppen gar keine andere Möglichkeit haben, ihren Lebensunterhalt zu fristen, als mit harten Drogen zu dealen. Das ist gewiß ein extremes Beispiel, aber es illustriert zugleich, wohin Mitleid ohne Hilfe führen kann, und ich füge hinzu, Mitleid, gepaart mit selbstverschuldeter Ignoranz und Nichtwissen. Ich erlaube mir hier den Vorschlag, mit den Minderheiten, den Fremden, denen, die wir je als anders empfinden - es ist noch eine Frage, ob sie wirklich anders sind -, nicht anders umzugehen als mit unseresgleichen. Das heißt, und hier suche ich die Kontroverse, daß es nicht richtig ist, die Lebensformen von Fremden in diesem Land von uns aus zu privilegieren oder zu fördern. Wenn sie sich hier weiterentwickeln und transformieren können, ist das ebenso

eine konkrete Perspektive für bestimmte Gruppen, wie es unterschiedliche Formen der Integration wären, aber wir sollen es nicht sein, die bestimmen dürfen, welche Sitten und Gewohnheiten wir als Minderheitenschutz deklarieren und welche wir aufgrund unserer Gesellschaftsverfassung als anormal diskreditieren. Im Klartext heißt das, wir müssen auch kulturpolitische Konflikte mit den von uns Geschützten auf uns nehmen, solange wir die sozialen und politischen Schutzaufgaben darüber nicht vernachlässigen. Das geschieht nie auf der abstrakten Willensebene, sondern immer am konkreten Fall: Ich verweise nur auf den Kopftuchkonflikt an den französischen Schulen.

IV

Die letzte These hat schon angedeutet, in welche Richtung ich einem Realismus, der keine Realpolitik ist, das Wort rede. Unsere Einstellungen und Haltungen zu den Flüchtlingen und Fremden sind eine Seite, staatliche Politik und Gruppenverhalten in diesem Land sind eine ganz andere. Das Kernproblem scheint mir nicht zu sein, die echten Asylbewerber von den unechten zu scheiden und die Trennlinie zwischen individueller, Leib und Leben bedrohender persönlicher Lebensgefahr und anderen Bewerbungsgründen zu ziehen. Ich habe in meiner ersten These ausgeführt, warum dies auch praktisch völlig sinnlos ist. Damit ist schon viel von der Irrationalität der Diskussion um eine Veränderung des Artikels 16 GG vorweggenommen. Die wirklichen Probleme liegen in einem auch historisch wiederum geschärften Bewußtsein darüber, daß durch Mischung, Migration, Integration und Separation im Verlauf der Geschichte vor allem die aufnehmenden Länder fast durchweg positive und nicht negative Effekte gehabt haben. Jedem Ruhrgebiets-Fußballfan sind die polnischen Idole Libuda, Szimaniak und Abramczik ein Begriff, die Integration ihrer Vorfahren in die Stahlindustrie

ist weniger freundlich erfolgt. Das Einzelbeispiel sagt wenig, und es gibt immer Grenzbeispiele, die die These scheinbar widerlegen. Aber auch hier muß man einmal den Versuch wagen, die Durchschnittsbildung quantitativ zu betrachten, und dann ist der Erfolg von Durchmischung und Integration immer größer gewesen als der von Segregation und noch so säuberlich versuchter Scheidung. Wenn Sie den Blick über die Grenzen werfen und noch so genaue Analysen über das Verhältnis der Chechenen, Gagausen, Abchasier zu den angrenzenden oder sie umgebenden Mehrheitsvölkern betrachten, wenn Sie die Problematik der Minderheiten innerhalb der von unseren Gnaden souverän gewordenen baltischen Staaten sich ansehen, wenn Sie die Rationalität und Absurdität der Aufspaltung der CSFR in Betracht ziehen, dann finden Sie auch hier viele Elemente, die diese These stützen, von Jugoslawien ganz zu schweigen. Daß Durchmischung nicht automatisch soziale Gleichberechtigung bedeutet, daß kulturelle Segregation und Ghettobildung über lange Zeiträume dennoch bestehen können, weiß ich auch, aber diese Phänomene sind auf einer Ebene, die politisch bearbeitbar ist, die nicht außerhalb jeder realen Konsensbildung ist. Für diejenigen, die in diesem Land bleiben wollen, muß es klar formulierbare, durchaus auch mit Leistungen verbundene Bedingungen geben, unter denen in relativ schneller und bis dahin geschützter Frist die deutsche Staatsbürgerschaft erworben werden kann. Dies soll auch für solche Menschen möglich sein, die den Traum oder wenigstens den Willen einer Rückkehr in ihre Heimatländer nicht aufgegeben haben, aber gute Gründe haben, dorthin nicht zurückzukehren. Das Argument von Übervölkerung ist so unsinnig, daß es hier jedenfalls nicht auf objektive Grenzen verweist; das Argument der sozialen Leistungsfähigkeit ist nicht normativ vorab zu bestimmen, sondern einfach empirisch auszutesten. Ich werde darauf noch in meiner 6. These eingehen. Neben der Staatsbürgerschaft ist das Zuwanderungsgesetz wohl der

wichtigste Aspekt, weil ein solches Gesetz durchaus auch die Regeln aufstellt, unter denen jemand hier nicht Bleibe-recht erhalten kann. Ich will hier nicht meine subjektive Sicht über solche Regeln einbringen, sondern bloß darauf verweisen, daß nur sie denen, die zuwandern und bleiben wollen, auch die entsprechende Rechtssicherheit perspekti-visch vermitteln.

V

Bevor ich die innenpolitischen Aspekte noch einmal abschließend aufgreife, ein kleiner Rückschritt zum Umgang mit fremden oder anderen Kulturen. Sie werden gemerkt haben, ich spreche fast ausschließlich von Fremden und sehr selten von Ausländern. Wie schnell die Integration von Ausländern geschehen kann, hat Deutschland am Beispiel des braunschweigischen Regierungsrates Adolf Hitler gezeigt, und wenn einer Dirigent, Fußballer oder Steuerzahler im großen Stil ist, geht es ja auch nicht schwer. Es geht schon um die Fremden. Um die Fremden, die immer schon hier waren, um die Fremden, die seit jeher nach Deutschland kommen, um die Menschen, die Deutschland fliehen mußten, um anderswo fremd zu werden und vielleicht bis heute nicht heimisch. Können Sie sich vorstellen, daß ein noch so hartgesottener Fremdenfeind im Bundestag ganz offen einen Satz formulierte, etwa so: *"Zwar waren die Maßnahmen, die zur Vertreibung und Flucht der Juden, die wir nicht vergast haben, sicherlich ungerechtfertigt, aber dieses Volk hat ja nun doch bewiesen, daß es eine uns fremde Kultur und Tradition hat, man betrachte nur das heutige Israel, und deshalb ist das Ergebnis, wenigstens für die Überlebenden, gar nicht so schlecht."* Es ist undenkbar, und nicht nur aus politischer Opportunität, daß ein solcher Satz gesprochen wird. Mit kleinen Variationen können Sie aber die dahinterstehende Ideologie bei all den Begründungen für ein restriktives

Fremdenrecht und eine restriktive Behandlung der Minderheiten hören, die nicht auf rein finanzielle und praktische Widerstände sich beschränken. Das ist nun scheinbar eine Zurücknahme dessen, was ich über die Ablehnung von falschen Privilegien gesagt habe, und es ist auch kein schrankenloser Liberalismus, wenn ich die Vermutung aufstelle, daß der kulturelle Anormalitätsgrad die konkrete Politik in sehr viel höherem Maße bestimmt, als es uns auffällt, und daß wahlweise biologistische oder nationalistische Legitimationen der restriktiven Politik in der Tat eine sehr viel geringere Rolle als etwa bei früheren faschistischen Systemen spielen. Ich habe nun die Vermutung, daß es hier auch sehr stark um das Fremde und die Fremden in uns geht, und zwar sowohl als historisches Produkt einer Jahrhunderte langen Mischung, und sei es einer durch Konfrontation, als auch einer mangelnden Beschäftigung mit uns selbst als gesellschaftliche und politische Wesen. Wir wissen gar nicht so genau, was wir mit uns im Kontext des Eigenen und des Fremden anfangen sollen, weil wir in der glücklichen und außerordentlich privilegierten Lage sind, in den letzten Jahrzehnten damit nicht persönlich konfrontiert worden zu sein, sondern uns die Probleme immer nur über extrovertierte Betroffenheit vermittelt werden. Nun ist aber Betroffenheit der schlechteste Ratgeber für politische Entscheidungen, weil sie immer nur sich selbst reproduziert, ohne irgendeine Verbindlichkeit eingehen zu müssen.

Der Umgang mit der Kultur des Fremden als Umgang mit uns selbst hat eine Implikation: Wir können vor die Situation gestellt werden, daß wir, und nicht die anderen Platz machen müssen. Und wenn es nicht räumlich ist, so dann doch in unseren Verkehrsformen, in unseren Lebensumständen, in unseren Gewohnheiten. Amos Oz, der Friedenspreisträger dieses Jahres, hat sich mit diesem Problem sehr ausführlich beschäftigt, und wenn es denn die Trennung der Israeli und der Palästinenser auf kleinem Raum geben muß, man wagt

kaum von Trennung zu sprechen, es ist eine Auseinandersetzung im Wortsinne und in Sichtweite, dann gilt eben seine Parabel vom Badezimmer. Amos Oz sagt sinngemäß: Wenn zwei Geschiedene auf kleinem Raum zusammenleben müssen, weil sie nicht zwei Wohnungen haben, dann kommt der Übereinkunft über Bad- und Küchenbenutzung große Bedeutung zu. Dies hat so wenig mit Verlust und Einschränkung von Lebensqualität zu tun wie eine Veränderung des Verkehrsverhaltens als notwendige Voraussetzung für den Schutz natürlicher Ressourcen. Nur die herrschende Angebotspolitik derer, die gar nichts verändern wollen, und sich selbst am allerwenigsten, schürt diese Ängste und betreibt objektiv Volksverhetzung. Ich kann diesen Vorwurf den Regierungen in Bonn und einem Teil der Opposition nicht ersparen, aber Politikerbeschimpfung ist das letzte, was den Fremden hilft, genauso wenig wie unser Mitleid. Die ohnmächtigen Attacken auf die Politiker, die Polizei, die Bevölkerung sind nicht nur unglaubwürdig, sie schaden dem Bemühen um Verständigung. Vor allem, wenn sie aus einer heruntergekommenen Radikalität formuliert werden, die sich selbst als "links" bezeichnet. Warum soll die Polizei, die jahrelang als "Bullen" beschimpft wurde und mit der man unter gar keinen Umständen kooperieren wollte, jetzt plötzlich eingreifen, weil es eine veränderte Konstellation gibt? - Natürlich gibt es darauf eine Antwort, aber dann muß erst das Verhältnis zu dieser Institution des Rechtsstaates, keineswegs unkritisch, in Ordnung gebracht werden. Noch schlimmer ist die Vermischung der verschiedenen Ebenen, wenn die Politiker demokratischer Parteien, welche Fehler sie auch immer machen, mit rechtsextremen Parteiführern, Faschisten, Rassisten und einer tendenziell gewaltbereiten Bevölkerung in einen Topf geworfen werden. Durch die Verallgemeinerung des Faschismusvorwurfs haben diese radikalen Stimmen ein wichtiges politisches Mittel aus der Hand gegeben, den Ausländern zu helfen und zugleich Frieden zu stif-

ten: Gegen einen realen Faschismus hilft dieses Gebrüll überhaupt nicht, es vergrößert aber die Distanz zu dem, was die Linken auch immer fordern, nämlich einem breiten antifaschistischen und antirassistischen Bündnis. So wird die eigene politische Ohnmacht zugleich zu einer Rechtfertigung, völlig gefahrlos reden zu dürfen und nicht handeln zu müssen.

VI

Ich habe damit den Bogen zu meiner letzten und abschließenden Betrachtung geschlagen. Ich denke, daß ich in mehr oder weniger expliziter Form einige Erklärungsansätze und einige praktische Vorschläge gemacht habe, die alle nur in einem gesellschaftspolitischen Kontext verstanden werden können. Der wiederum kann durchaus seine individuellen Ausprägungen erfahren, der Hilfe mit oder ohne Mitleid sind keine Grenzen gesetzt. Aber die These sagt ja, wenn wir mit den Fremden gut umgehen, wird das unser ganz konkretes Leben hier verändern, oder wir gehen mit ihnen nicht gut um. Unser Leben wird sich im europäischen Kontext verändern, und damit werden die Linien zwischen der Normalität der Ersten Welt und dem Rest neu bestimmt. Die Wirtschaftsverfassung und das Verfassungsmuster der westlichen bürgerlichen Demokratie haben in den letzten Jahren verstärkt der Freizügigkeit der Menschen, d.h. dem Grundrecht auf Wahl des Aufenthaltsortes innerhalb der sich erweiternden Ersten Welt allerhöchste Priorität eingeräumt. Dies war das wenigstens legitimatorisch vorrangige Motiv für die Unterstützung der Souveränität der ehemaligen Staaten der UdSSR, und dies war ein Motiv für die deutsche Kroatienpolitik. Gerade Deutschland hat aus einer Extrapolation der Erfahrungen im geteilten Land diesen Wert so hoch angesetzt, daß ein Rückschritt völlig undenkbar ist. Wenn aber diese Freizügigkeit zur Norm derart überhöht wird, dann

muß ihre reale Bedeutung im Grundrechtskatalog natürlich über die Grenzen der hegemonialen ersten Kultur hinausgehen. Das neue Europa wird nicht in den Grenzen der EG und des europäischen Wirtschaftsraums bleiben können, oder es wird überhaupt nicht sein. Es ist so vielfältig und bietet so viel geographischen und kulturellen Raum, daß jede Differenzierung durch Zuzug, Ortsveränderung oder Abwanderung realisiert werden kann. Dies ist nicht utopisch, dies ist auch nicht illusionär, sondern dies wird Bestandteil der Politik der nächsten Jahrzehnte ohnedies werden, also sollten wir uns jetzt bereits darauf vorbereiten und auch von den anderen europäischen Ländern erwarten, daß sie diese Optionen offenhalten. Wenn heute westdeutsche Ökoyuppies sagen, sie warten nur auf den Zeitpunkt, da die Umweltbelastungen der ehemaligen DDR nicht mehr so groß sind, dann könne man sich ja in den wirtschaftlich ärmeren Gebieten zu einem gesunden zweiten Lebensabschnitt zurückziehen, dann ist dies auf einem bescheidenen Niveau nachvollziehbar. Wenn Leute aus bitterster Not, Armut, sozialer Diskriminierung meinen, es wäre für sie unabwendbar, einen Teil ihres Lebens in Deutschland zu verbringen und ggfs. in Kauf zu nehmen, hier zu sterben, dann muß das Akzeptanzniveau ein wenig höher werden. Wenn die verblendeten Volksberuhiger im deutschen Bundestag durch die symbolische Änderung des Artikels 16 nicht wieder gut zu machenden Schaden an der Verfassung der demokratischen Republik anrichten, dann sei ihnen gesagt: Mit der Änderung dieses Artikels werden sie nichts Positives erreichen, aber der Haß und die Ablehnung zwischen den Menschen wird noch größer. Amos Oz zitiert in seiner Friedenspreisrede eine dunkle Stelle des Talmud: *"Wo aber Gerechtigkeit vorherrscht, da ist kein Frieden, und wo Frieden herrscht, da ist keine Gerechtigkeit. Wo also ist Gerechtigkeit, die Frieden enthält? Sie sind in der Tat gesondert."* Amos Oz interpretiert das sehr nüchtern: *"Der Frieden ist, wie das Leben selbst, kein*

Ausbruch der Liebe, keine mystische Kommunion unter Feinden, sondern nicht mehr und nicht weniger als ein gerechter und vernünftiger Kompromiß unter Gegnern." Die Gegner sind nicht die Ausländer, die Fremden, die Anderen. Gegner sind wir uns selbst und müssen mit uns selbst Frieden schließen. Sonst werden wir zu denen gehören, die eine Geisterarmee aufmarschieren lassen, in der es doch noch Überlebende gibt: Nach 1933 mußten sehr viele Menschen, Juden, Sinti, Demokraten, Christen, unter unterschiedlichsten Bedingungen das Land verlassen, und viele sind dem Zwang um Monate oder Tage zuvorgekommen. Sie alle oder fast alle haben überlebt, weil sie irgendwo Aufnahme oder Bleiberecht erhalten hatten, vielleicht von einem Ort zum anderen vertrieben, aber, wenn sie überlebt haben, eben nicht endgültig zurückgeschickt oder wegen ihres Status vernichtet. Der Nachfolgestaat des Dritten Reiches ändert jetzt vielleicht den Satz in seiner Verfassung, der wenigstens symbolisch den Willen einer demokratischen Gesellschaft deutlich macht, daß diese Art der unmenschlichen Aussetzung des Menschen nie mehr von Deutschland ausgehe. Die Namen der deutschen Flüchtlinge mögen über diese Politiker kommen, und was das bedeutet, kann man bei einem kurzen Besuch in Auschwitz erahnen. Für diesen äußersten Vergleich bitte ich um Vergebung.

Literatur

- DAS ARGUMENT: Sonderheft 195 (1992): Anti-Rassismus
Methodendiskussion
- BRUCKNER, Pascal: Die demokratische Melancholie.
Hamburg 1991 (Junius). Vgl. auch: Ulrich Beck: Der
feindlose Staat. In: Die Zeit 44 (1992), 65
- ENZENSBERGER, Hans Magnus: Im Fremden das Eigene
hassen? In: Der Spiegel 34 (1992), 170-180
- GALBRAITH, John Kenneth: Herrschaft der Zufriedenen.
In: Der Spiegel 36 (1992) 136 - 147
- (GERMANWATCH): Reiche betreiben Festungspolitik. In:
Frankfurter Rundschau, 16.10.1992, 18
- HOFFMANN, Gunter: Die Radikalität kommt aus der Mitte.
In: Die Zeit 43 (1992), 3
- LINK, Jürgen: Normalismus und Neorassismus. In: Das Ar-
gument 195, 714-722. Vgl. Dazu Schwerpunktheft
Normalismus der Kulturrevolution 27 (1992)
- MÜLLER, Jost: Rassismus und Nationalismus der "Neuen
Rechten" in der Bundesrepublik. In: Das Argument
195, 723-731

Der Autor

MICHAEL DAXNER (1947)

Dr. phil., Prof., Präsident der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg seit 1986.

Studien an den Universitäten Wien und Freiburg/Brsg.; 1972 Promotion zum Dr. Phil.; 1971 - 1974 Arbeit im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung. Kommission für Hochschulplanung beim BMWF. Vertreter bei OECD-CERI-Projekt (Paris) und bei EUDISED (Europarat, Straßburg). Ernennung zum Professor für Hochschuldidaktik an der Universität Osnabrück. 1983 - 1984 Forschungsaufenthalte in den USA; 1985 - 1986 Dekan des Fachbereichs Erziehung und Kulturwissenschaften der Universität Osnabrück.